



Das WZB in den Medien Nr. 19/2021

8. Februar 2021

Printmedien

„Sie haben Post“

Josephine Lichteblau und Aiko Wagner zitiert in: Der Tagesspiegel, 8. Februar 2021

„Gesucht und gefunden“

Jutta Allmendinger zitiert in: Süddeutsche Zeitung, 8. Februar 2021

„Westliche Nabelschau“

Beitrag von Michael Zürn in: Der Tagesspiegel, 7. Februar 2021

„Sin patriotismo es muy difícil tener una buena democracia“

Daniel Ziblatt zitiert in: El Mundo, 6. Februar 2021

„Was haben wir von mehr Vätern in Elternzeit, Jutta Allmendinger?“

Interview mit Jutta Allmendinger in: Hannoversche Allgemeine Zeitung, 6. Februar 2021

„Die blockfreie Mitte erhalten“

Wolfgang Merkel zitiert in: Frankfurter Neue Presse, 6. Februar 2021

„Der Wahlkampf hat begonnen“

Wolfgang Schroeder zitiert in: Frankenberger Allgemeine, 6. Februar 2021

„Niedergang durch Erfolg“

Dieter Rucht erwähnt in: die tageszeitung, 6. Februar 2021

„Jeder kann ein Teil der Mobilitätswende sein“

Andreas Knie zitiert in: duz Wissenschaft & Management, 5. Februar 2021

Online-Medien[„New Systems – A Reader“](#)

Beitrag von Udo E. Simonis in: sonnenseite.com, 6. Februar 2021

„An Appalled Republican Considers the Future of the G.O.P. The Ezra Klein Show“

Daniel Ziblatt zitiert in: NYTimes.com, 5. Februar 2021

Hörfunk/ Fernsehen

[„Wie weiter im Lockdown?“](#)

Interview mit Wolfgang Merkel in: rbb fernsehen (ab Minute 17:35), 7. Februar 2021

[„AfD-Landesparteitag in Sachsen: Einstufung als Verdachtsfall „desaströs“](#)

Interview mit Wolfgang Schroeder in: rbb inforadio (ab Minute 00:38), 6. Februar 2021



Autor: Maria Fiedler und Felix Hackenbruch
[tmt7eeuxrszyg7w7xe3gk6]
Seite: 2
Ressort: POLITIK
Rubrik: FRAGEN DES TAGES

Mediengattung: Tageszeitung

Auflage: 74.142 (gedruckt)¹ 96.640 (verkauft)¹
98.527 (verbreitet)¹

Reichweite: 0,309 (in Mio.)²

¹ von PMG gewichtet 10/2020

² von PMG gewichtet 07/2020

Sie haben Post

In diesem Jahr werden deutlich mehr Menschen per Brief abstimmen. Das könnte Wahlen und Wahlkampf verändern. Was ist zu erwarten?

Von Maria Fiedler und Felix Hackenbruch

Das Plakat zeigte einen älteren Herren, von seinen Enkeln beim Spielen an einen Baum gefesselt. „Falls am Wahltag was dazwischen kommt“, lautete der Slogan darunter. So warb die CDU im Bundestagswahlkampf 2017 für die Briefwahl. Die Grünen versahen im Landtagswahlkampf 2018 in Bayern viele Plakate mit dem Aufruf: „Briefwahl jetzt“.

Trotz solcher Kampagnen war die Briefwahl in der Vergangenheit kein großes Thema. Das ändert sich nun. Nicht nur wegen der durch Donald Trump angefachten Debatte um die Briefwahl und deren Rechtmäßigkeit bei der US-Präsidentschaftswahl. Auch in Deutschland könnte die Briefwahlbeteiligung im Superwahljahr 2021 wegen der Pandemie in ungeahnte Höhen steigen – und bei der Bundestagswahl Prognosen zufolge bei mehr als 50 Prozent liegen. In Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg, wo offiziell im März gewählt wird, können Bürgerinnen und Bürger bereits jetzt ihre Briefwahlunterlagen beantragen und dann per Brief wählen. Viele werden das in Anspruch nehmen. Da drängt sich die Frage auf, was das für die Wahl bedeuten könnte.

Wie bereiten sich die Länder darauf vor?

Fünf Wochen vor der Wahl hat Cornelia Nesch noch einige Sorgen. „Wir brauchen allein in Baden-Württemberg 80 000 Wahlhelferinnen und Wahlhelfer“, sagt die Landeswahlleiterin. Noch sucht die 53-Jährige dringend Freiwillige. Doch die Rekrutierung stockt. Mitten im Lockdown scheinen sich viele Menschen um ihre Gesundheit zu sorgen. Dabei werden für die Landtagswahl deutlich mehr Helfer gesucht als sonst. „Ich gehe davon aus, dass der

Anteil an Briefwählern deutlich zunehmen wird“, sagt Nesch.

Das hat Konsequenzen, denn damit am Wahlabend alle Stimmen zeitnah ausgezählt werden können, wurden die Urnenwahlbezirke vergrößert und die Briefwahlbezirke verkleinert. Das bedeutet, dass mehr Freiwillige benötigt werden, um die etwas aufwändigeren Briefwahlstimmen auszuzählen.

Eine höhere Briefwahl stellt die Landeswahlleiterin aber nicht nur vor personelle Herausforderungen. Die gesamte Logistik wurde hochgefahren, berichtet Nesch. Mehr Material wurde beschafft, mehr Umschläge, mehr Wahlscheine. Auch für die Wahllokale mussten Masken, Desinfektionsmittel und Schutzvorrichtungen besorgt werden. „Es wird eine andere Wahl als sonst, aber die Gemeinden werden alles tun, um eine sichere Wahl zu ermöglichen“, sagt Nesch.

Wer wählt normalerweise per Brief?

Die Briefwahlbeteiligung ist in den letzten Jahren kontinuierlich angestiegen. Bei der Bundestagswahl 2017 lag sie bei knapp 30 Prozent. Bislang war aber wenig über Briefwähler bekannt. „Die Briefwahlforschung steckt insgesamt noch in den Kinderschuhen. Lange wurde sie als Orchideenthema behandelt“, sagt Wahlforscher Aiko Wagner vom Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB).

Gemeinsam mit seiner Kollegin Josephine Lichtblau hat er untersucht, wer bei der Bundestagswahl 2017 per Brief gewählt hat. Der interessanteste Befund: Während die Unionsparteien unter den Briefwählern ein fast fünf Prozentpunkte besseres Wahlergebnis erzielten als unter den Urnenwählern, war der Effekt bei der AfD genau andersherum:

Sie schnitt unter den Briefwählern um 4,3 Prozentpunkte schlechter ab als unter den Präsenzwählern. Erklären lässt sich der Effekt mit soziodemografischen Unterschieden. Westdeutsche und Rentner wählten eher CDU und CSU, die AfD wiederum wurde verstärkt im Osten und von der Arbeiterschaft gewählt, die zur Präsenzwahl neigt. Auch die Grünen schneiden bei der Briefwahl etwas besser ab als bei der Präsenzwahl – was daran liegen könnte, dass sie oft von Schülern und Studierenden gewählt werden, die ebenfalls verstärkt per Brief wählen.

Was wiederum der Grund für diese Präferenzen ist, muss noch stärker erforscht werden. Eine Annahme scheint Wagner aber plausibel: „Briefwahl in Deutschland ist vergleichsweise kompliziert. Das ist wahrscheinlich ein Grund dafür, dass bildungsfernere Schichten seltener zu diesem Instrument greifen“, sagt er.

Wer könnte davon profitieren?

Die Annahme, dass etwa Union und Grüne von einer erhöhten Briefwahlnutzung automatisch profitieren, lässt sich laut Wagner nicht treffen. „Es gibt kaum Indizien dafür, dass die Wähler:innen anders wählen, wenn sie Briefwahl machen.“ Will heißen: Nur weil jemand per Brief wählt, entscheidet er oder sie sich nicht auf einmal für eine andere Partei.

Dennoch sei es gerade für Union und SPD wichtig, ihre Wähler zur Briefwahl zu bewegen, sagt Wagner. Sie würden besonders stark von Älteren gewählt. „Wenn diese aus Angst vor Infektionen dieses Jahr nicht zur Wahl gehen und auch keine Briefwahlunterlagen beantragt haben, dann wäre das vor allem für Union, SPD, aber auch die Linke ein Problem.“

Gleichwohl kann es für alle Parteien sinnvoll sein, ihre Wählerinnen und Wähler dazu zu bewegen, sich die Briefwahlunterlagen nach Hause zu bestellen: Wer seine Stimme bereits per Brief abgegeben hat, kann sich am Wahltag nicht spontan überlegen, wegen der Infektionslage doch zu Hause zu bleiben.

Wäre es sinnvoll, allen Wählern automatisch

Briefwahlunterlagen zu schicken?

Fragt man Robert Vehrkamp, den Demokratieexperten der Bertelsmann Stiftung, dann lautet die Antwort: ja. Die Stiftung setzt sich seit Jahren für die Briefwahl ein. „Durch die Pandemie ist das noch sehr viel relevanter geworden. Wir wissen nicht, wie das Infektionsgeschehen im September sein wird“, meint Vehrkamp. „Ein automatischer Versand der Briefwahlunterlagen an alle, wäre eine Möglichkeit, die Wahl abzusichern.“ Er glaubt zudem, dass dieses Instrument dazu beitragen würde, die soziodemografischen Unterschiede unter den Briefwählern anzugleichen. „Je voraussetzungsvoller die Briefwahl ist, desto selektiver wird sie“, sagt Vehrkamp.

Viele Juristen halten die Idee des automatischen Versands aber für schwierig, denn es gibt verfassungsrechtliche Bedenken. Die freie und geheime Wahl könne gefährdet sein, so das Argument, wenn der Wahlzettel zu Hause ausgefüllt werde. Ein oft genanntes Szenario ist etwa, dass der Enkel den Wahlzettel der Oma ausfüllt. Wegen der möglichen Verletzung der Wahlrechtsgrundsätze müsse die Urnenwahl die Regel bleiben und die Briefwahl die Ausnahme.

Dass es am Ende sogar zu einer reinen Briefwahl kommt – also dass wegen der Pandemie der Urnengang gar nicht möglich wird –, damit rechnet derzeit kaum jemand. Damit das möglich wäre, müsste auch erst einmal das Bundeswahlgesetz geändert werden, sagt der CDU-Politiker Günter Krings, parlamentarischer Staatssekretär im Bundesinnenministerium. Die Notwendigkeit sehe er aktuell nicht.

Wie verhalten sich die Parteien?

„Für die Parteien macht die erhöhte Nutzung der Briefwahl den Wahlkampf komplizierter“, meint Wahlforscher Wagner. Einerseits habe die Forschung gezeigt, dass sich die Leute immer später entscheiden, wen sie wählen. Das mache eine gute Schlussmobilisierung wichtig. Gleichzeitig habe ein Teil der Wähler dann schon deutlich früher per Brief gewählt. „Es wird extrem schwer, diesen Wahlkampf zu steuern“, meint er.

„Natürlich reagieren wir auf die besonderen Umstände dieser Wahl“, sagt Gerd Schreiner, CDU-Generalsekretär in Rheinland-Pfalz. Seine Partei will raus aus der Opposition, doch dafür muss sie kräftig Wähler mobilisieren. „Wir unterstützen ausdrücklich die Möglichkeit der Briefwahl“, sagt Schreiner. Für die Partei, deren Wählerschaft überproportional aus Risikogruppen besteht, liegt darin ein enormes Potenzial. Im Herbst, bei diversen Bürgermeisterwahlen, hätten mehr als 70 Prozent der CDU-Wähler per Brief gewählt. Der 50-jährige Schreiner hofft deshalb auch bei der Landtagswahl auf eine hohe Wahlbeteiligung. Die CDU hat dafür eigens die Kampagne „Besser Briefwahl“ inklusive eigener Website gestartet. Online gibt es Videos und Grafiken, die die Briefwahl erklären. Da bereits seit dieser Woche gewählt werden könne, müsse man aber vor allem schnell die eigenen Inhalte verbreiten. Die Konservativen haben deshalb schon Mitte Januar den öffentlichen Raum plakatiert, Werbebroschüren wurden früher verteilt als sonst. „Waren früher die letzten 72 Stunden entscheidend, ist der Wahlkampf jetzt ein Marathon“, sagt Schreiner.

In Baden-Württemberg wollten die regierenden Grünen mit der Wahlbenachrichtigung automatisch auch die Briefwahlunterlagen beilegen. Doch das Vorhaben scheiterte am Widerstand der CDU, mit der die Grünen koalieren. „Man hat uns verfassungsrechtliche Bedenken mitgeteilt. Ich unterstelle der CDU aber auch politisches Kalkül“, sagt Sandra Detzer, Landesvorsitzende der Grünen. Auch sie wirbt für die Brief-

wahl und rechnet damit, dass mehr als die Hälfte per Post wählen könnten. Darauf hat man sich bei den Grünen eingestellt. Wahlkampfspots wurden früher geschaltet, auf Großplakaten wird für die Briefwahl geworben, prominente Redner sind nicht erst für den Wahlkampfsprint eingeladen. „Es gibt nicht mehr den klassischen Spannungsbogen, sondern kontinuierliche Höhepunkte“, sagt Detzer.

Warum macht die AfD

gegen die Briefwahl Stimmung?

Schon im Thüringer Landtagswahlkampf 2019 legte Björn Höcke nahe, dass bei der Briefwahl manipuliert werde. Jetzt verstärkt die radikale Partei diesen Kurs noch. Nachdem der Landtag von Sachsen-Anhalt beschlossen hat, dass auch eine reine Briefwahl möglich ist, falls es wegen der Pandemie nicht anders geht, verbreitete der AfD-Abgeordnete Robert Farle seine Verschwörungserzählung: „Diese ganze Pandemie ist ein Schwindel“, sagte er. Über die Regelung zur Briefwahl solle der „größte Wahlbetrug dieses Landes“ durchgeführt werden.

Der AfD-Vize Stephan Brandner unterstellte den anderen Parteien im Bundestag, „an dunklen Ideen und Plänen zur Briefwahl“ herumzudoktern, um die „Wahlergebnisse in Ihrem Sinne beeinflussen zu können“. Und die Vizepartei-chefin Beatrix von Storch sagte, gerade die Auszählung von Briefwahlunterlagen berge die Gefahr der Manipulation. Die Briefe kämen „irgendwann irgendwo“ an.

Dabei gab es in der Vergangenheit nur in Einzelfällen Probleme mit der Briefwahl. Doch die AfD versucht offensichtlich, die Taktik von Donald Trump im US-Präsidentenwahlkampf zu kopieren. Wahlforscher Wagner sieht bei der Partei einen Kurs der „Verunglimpfung der Gegenwartsdemokratie“.

Foto: SZ Photo Crea/Mauritius

Gerüstet für alle Fälle. So warb die CDU 2017 für die Briefwahl. Foto: Britta Pedersen/dpa

Autor: FABIAN BUSCH
Seite: 21

Ressort: Schule und Hochschule
Ausgabe: Hauptausgabe

¹ von PMG gewichtet 10/2020

² von PMG gewichtet 07/2020

Mediengattung: Tageszeitung
Auflage: 126.531 (gedruckt) ¹ 134.883 (verkauft) ¹
 137.996 (verbreitet) ¹
Reichweite: 0,556 (in Mio.) ²

Gesucht und gefunden

Die Technische Universität Eindhoven hat mit dem Plan für Aufsehen gesorgt, fünf Jahre lang nur noch Frauen einzustellen. Inzwischen wurde das Programm durch Klagen vorzeitig gestoppt. Was hat es gebracht?

VON FABIAN BUSCH

Was für ein gewagter Schritt. Das war der erste Gedanke, der Deniz Ikiz Kaya durch den Kopf ging, als sie von der neuen Einstellungspolitik der Technischen Universität Eindhoven (TUE) in den Niederlanden hörte. Doch dieser Schritt gefiel ihr gut. Die Architekturwissenschaftlerin hatte zuvor in Istanbul und Oxford studiert und gearbeitet, sie will nicht sagen, dass sie als Frau diskriminiert wurde. Aber sie wurde bisweilen anders behandelt als männliche Kollegen. „Wenn man sich als junge Wissenschaftlerin auf einen Job bewirbt, kommt häufig das Thema Familienplanung auf. Ich habe die Frage auch ein, zwei Mal gehört – und ich glaube nicht, dass Männer sie gestellt bekommen.“ Die TUE hatte im Sommer 2019 angekündigt, fünf Jahre lang alle freiwerdenden Stellen zunächst nur für Frauen auszusuchen. Erst wenn sich nach einem halben Jahr keine passenden Bewerberinnen fänden, könnten es auch Männer probieren. „Irène-Curie-Stipendium“ hieß das Programm, Deniz Ikiz Kaya gehört zu den Stipendiatinnen und ist jetzt Assistenzprofessorin in Eindhoven. Die Wissenschaftlerinnen bekamen zum Job auch ein eigenes Forschungsbudget. Die TUE wollte damit ihren niedrigen Frauenanteil von damals 15 Prozent erhöhen.

Das Eindhovener Modell hat auch außerhalb der Niederlande für Aufsehen gesorgt, eigentlich wollte die Universität es jetzt nach anderthalb Jahren evaluieren. Stattdessen muss sie es umschreiben. Nach einer Beurteilung durch das niederländische Kolleg für Menschenrechte hat sie das Programm in seiner bisherigen Form gestoppt. Eine Antidiskriminierungsstiftung hatte rund 50 Klagen dagegen gesammelt. Zu weitgehend, zu wenig nuanciert, lautete im

Sommer auch das Urteil des Kollegs: Die Regeln seien so streng formuliert, dass es Männern fünf Jahre lang kaum möglich sei, eine Stelle in Eindhoven zu erhalten.

Robert-Jan Smits macht trotzdem einen zufriedenen Eindruck. „Es ist ein sehr interessantes Urteil“, sagt er. „Man merkt, dass das Kolleg Mühe damit hatte: Es ist gegründet worden, um Diskriminierung zu bekämpfen. Was wir gemacht haben, ist genau das: Wir haben eine Gruppe geschützt, die diskriminiert wird.“ Smits war Generaldirektor für Forschung und Innovation bei der EU-Kommission, bevor er im Mai 2019 den Vorsitz der Universitätsleitung in Eindhoven übernahm. Das Irène-Curie-Programm gehörte zu den ersten Beschlüssen des neuen Vorstands. „Uns war bewusst: Wenn wir wirklich etwas verändern wollen, brauchen wir radikale Maßnahmen.“

Es folgte eine schwierige Zeit mit scharfen Diskussionen, in denen auch manche veraltete Vorurteile zur Sprache kamen: Dass es gar nicht genug Interessentinnen gebe. Dass schon die geringe Zahl von Nobelpreisträgerinnen zeige, dass Frauen für die wissenschaftliche Arbeit weniger qualifiziert seien.

Seit dem Sommer 2019 hat die TU Eindhoven dann aber 55 Wissenschaftlerinnen eingestellt. Hinzu kamen zwar 59 Männer – allerdings handelte es sich bei ihnen zum größten Teil um Bewerber auf ältere Stellenausschreibungen aus der Zeit vor dem Programm. Generell hat die Corona-Pandemie es schwierig gemacht, Stellen zu besetzen. Manche der eingestellten Wissenschaftlerinnen sind noch im Ausland. Der Frauenanteil an der TUE stieg aber auf rund 25 Prozent. „Das ist an sich schon ein schönes Resultat“, sagt Smits. Besonders habe ihn aber eine „Kulturveränderung“

gefreut, sagt Smits: „Der Dekan der Physik-Fakultät hat selbst nachgeschaut, welche Top-Frauen es auf seinem Gebiet gibt. Die hat er angerufen und ihnen vorgeschlagen sich zu bewerben.“ Gesucht wird auf der ganzen Welt. Die weltweite Zahl an Wissenschaftlerinnen sei gigantisch. „Man muss sich nur die Mühe machen, nach ihnen zu suchen.“ Umstritten war die Maßnahme trotzdem – auch unter Frauen, die fürchteten, dass sie oder ihre neuen Kolleginnen sich einen erwartbaren Vorwurf anhören müssen: Dass sie den Job nur wegen ihres Geschlechts bekommen haben. Das sei aber nichts Neues, findet Lianne Havinga. „Ich habe vorher schon gehört, dass ich eine Position nur bekommen habe, weil ich eine Frau bin.“

Die Architekturwissenschaftlerin und Expertin für nachhaltiges Bauen hat in Eindhoven promoviert. Das Irène-Curie-Stipendium ermöglicht ihr jetzt einen „tenure track“: Sie kann unabhängig forschen und sich durch gute Leistungen für eine außerordentliche Professur empfehlen. „Ich hätte diesen Job sicher auch ohne das Programm bekommen“, sagt Havinga, die der Maßnahme mit gemischten Gefühlen gegenübersteht. „Ich würde lieber in einer Welt leben, in der so ein Programm nicht nötig ist.“

Allerdings hatte die Universität vorher schon vieles versucht, um den Frauenanteil zu erhöhen. Trotzdem stellte sich in einer Studie heraus, dass die Kompetenzen von Männern bei Stellenbesetzungen häufig höher eingeschätzt wurden als die von Frauen – selbst wenn die Frauen identische Qualifikationen mitbrachten. „Deswegen stehe ich letztlich doch hinter dem Programm“, sagt Lianne Havinga. „Weil die Wissenschaft gezeigt hat, dass Frauen diskriminiert wurden.“ Sie ist überzeugt, dass

sich auch gesellschaftlich eine Menge ändern muss, um Frauen in den Naturwissenschaften sichtbar zu machen: Dazu gehört das Abrücken von veralteten Rollenbildern, von der Vorstellung, dass Mädchen und Frauen von Natur aus kaum Interesse an Mathematik haben. Dazu gehören aber auch generell mehr weibliche Vorbilder in der Wissenschaft.

Das sagt auch Deniz Ikiz Kaya: „Professorenstellen sind hier oft von Männern besetzt. Manchmal kommt es einem vor, als wenn sie einem selbst nie offenstehen würden.“ Dieser demotivierende Eindruck sei jetzt gebrochen.

„Wir sind froh, dass wir als Universität eine nationale und internationale Debatte angestoßen haben“, meint Robert-Jan Smits. Das sei auch in der deutschen Hochschulwelt der Fall gewesen. In Deutschland sind Frauenquoten vor allem in Politik und Wirtschaft ein Thema – aber in der Wissenschaft? Dem Statistischen Bundesamt zufolge waren 2019 nur rund ein Viertel aller Professuren von Frauen besetzt (siehe Kasten).

Jutta Allmendinger, Präsidentin des

Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung, sieht auch an deutschen Hochschulen Handlungsbedarf. „Zunächst ist der Weg hin zu einer Professur lang, steinig und voller Unsicherheiten“, sagt sie. Das mache es Frauen schwer, sich für diese Laufbahn zu entscheiden. „In anderen Berufen werden sie früher entfristet, oft mit einem höheren Gehalt. Sie können leichter und innerlich ruhiger Kinder haben. Die Wissenschaft verliert dadurch oft die besten Frauen.“

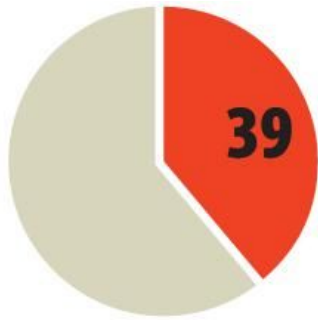
Eine so radikale Maßnahme wie in Eindhoven ist in Deutschland nicht im Gespräch. Frauenförderung in der Wissenschaft unterscheidet sich hierzulande von den Quoten in Wirtschaft und Politik, sagt Allmendinger: „Die Professorinnen-Programme stellen zusätzliche Gelder bereit, wenn man eine Frau einstellt. Das entspräche einem zusätzlichen Mandat in der Politik oder einem zusätzlichen Vorstandsposten. Männer müssen nichts abgeben.“ Immerhin kämen so aber neue Professuren in das Gesamtsystem. Berlin als Bundesland mache vor, wie Hochschulen und Poli-

tik an einem Strang ziehen können: Dort wurde 2019 erstmals knapp die Hälfte aller Professuren mit Frauen besetzt. „Das ist in Deutschland historisch“, so Allmendinger.

Die Technische Universität Eindhoven will das Irène-Curie-Programm in abgewandelter Form fortführen. „Wir wollen, dass ungefähr 50 Prozent aller Stellen über Irène Curie ausgeschrieben werden“, sagt Robert-Jan Smits. Das Stipendium soll vor allem in Fachbereichen zum Einsatz kommen, wo Frauen besonders unterrepräsentiert sind. Daher wird die Universitätsleitung mit den neun Fakultäten jeweils eigene Absprachen treffen und Quoten festlegen. Das Ziel bleibt das gleiche: Die Frauenquote soll so schnell wie möglich auf 30 Prozent steigen.

Lisanne Havinga würde „lieber in einer Welt leben, in der so ein Programm nicht nötig ist“

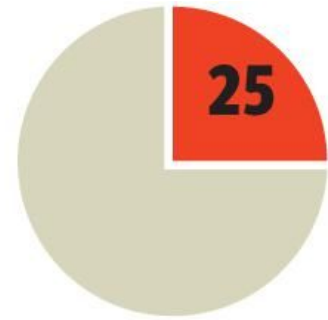
Die TU hält an ihrem Ziel fest: Drei von zehn Stellen sollen bald Frauen gehören



Geistes-
wissen-
schaften



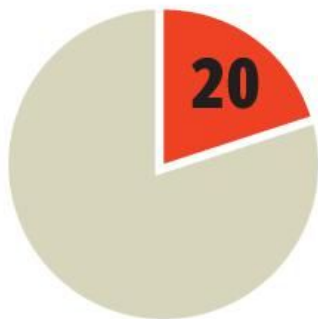
Rechts-/
Wirtschafts-/
Sozialwissen-
schaften



Medizin/
Gesundheits-
wissenschaften

Professorinnen in Deutschland

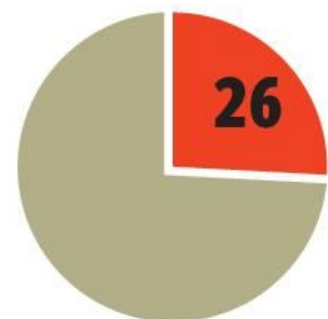
Frauenanteil an hauptberuflicher
Professorenschaft Ende 2019 in Prozent



Mathematik/
Naturwissen-
schaften



Ingenieur-
wissenschaften



Insgesamt

SZ-Grafik; Quelle: Statistisches Bundesamt

Abbildung:

Deniz Ikiz Kaya (links) und Lisanne Havinga sind Stipendiatinnen des Irène-Curie-Programms der TU Eindhoven. Fotos: privat (2), Angeline Swinkels

Wörter:

1165

Urheberinformation:

DIZdigital: Alle Rechte vorbehalten – Süddeutsche Zeitung GmbH, München



Autor: Jürgen Gerhards und Michael Zürn
[tmt7eebv83vcqcxrfzco9]
Seite: 5
Ressort: MEINUNG
Rubrik: MEINUNG

Mediengattung: Tageszeitung

Auflage: 74.142 (gedruckt)¹ 96.640 (verkauft)¹
98.527 (verbreitet)¹
Reichweite: 0,309 (in Mio.)²

¹ von PMG gewichtet 10/2020

² von PMG gewichtet 07/2020

Westliche Nabelschau

Wie postkoloniale Arroganz verhindert, dass wir in der Pandemie von erfolgreichen asiatischen Ländern lernen

Von Jürgen Gerhards und **Michael Zürn**

Die Bilanz liberaler Demokratien in Europa bei der Pandemiebekämpfung fällt im Vergleich zu den asiatischen Ländern nicht sehr gut aus. Das gilt nicht nur mit Blick auf die autoritären Länder China und Thailand und den semiautoritären Stadtstaat Singapur, sondern auch, wenn man auf die demokratischen Länder Taiwan und Südkorea schaut. Die Infektionszahlen sind aufgrund der verschiedenen Testintensität zwar nicht gut vergleichbar. Die Unterschiede zeigen sich aber in der Anzahl der verstorbenen Menschen. Während zum Beispiel in Südkorea bei einer Bevölkerungszahl von 52 Millionen bis dato weniger als 1500 Personen verstorben sind, sind es in Deutschland mit einer Bevölkerung von 83 Millionen mehr als 60 000 Menschen. Die Unterschiede zwischen anderen europäischen und asiatischen Ländern (zum Beispiel zwischen Großbritannien und Taiwan) fallen noch deutlicher aus. Auch im Hinblick auf die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Folgen der Krise sind die genannten asiatischen Gesellschaften beeindruckend erfolgreich. Gerade weil die Ausbreitung des Virus sehr früh eingedämmt wurde, konnte das Leben nach relativ kurzer Unterbrechung weitergehen.

Bleiben wir der Einfachheit halber bei dem Vergleich Deutschland und Südkorea: Das Bruttoinlandsprodukt Südkoreas fiel 2020 im Vergleich zum Vorjahr lediglich um ein Prozent, während die deutsche Wirtschaft um fünf Prozent geschrumpft ist. Zur Verhinderung eines noch größeren Einbruchs hat sich die Bundesrepublik zudem in hohem Maße verschuldet; dies ist sicherlich aktuell eine sinnvolle Maßnahme; sie wird aber die Handlungsfähigkeit des

Staates für andere politische Aufgaben in der Zukunft stark einschränken.

Es gibt eine Vielzahl von Faktoren, die den Erfolg der asiatischen Länder erklären helfen. Einige sind durch das politische Handeln der Regierungen nicht beeinflussbar. Dazu gehört die Insellage wie im Fall Taiwans oder die weitgehende Abgeschlossenheit im Fall Südkoreas, vorherige Erfahrungen mit Pandemien und die deshalb aufgebaute Infrastruktur oder auch die schon vor Corona eingespielte Gewohnheit, sich in der Öffentlichkeit durch Masken zu schützen. Hinzu kommt das geringere Durchschnittsalter der Bevölkerung dieser Länder, was sich positiv auf die Anzahl der Todesopfer auswirkt.

Diese Unterschiede allein reichen aber nicht aus, um den Erfolg zu erklären. Die asiatischen Länder haben Maßnahmen ergriffen, über die man hierzulande gar nicht richtig diskutiert hat, weil sie frühzeitig als Eingriff in die informationelle Selbstbestimmung der Bürger etikettiert wurden. Dazu gehört vor allem der Einsatz der neuen Technologien zur schnellen Identifikation derer, die infiziert sind, damit das Virus nicht weitergetragen werden kann. In Taiwan müssen sich zum Beispiel Einreisende 14 Tage lang in eine strikte Quarantäne begeben, entweder in einem Vertragshotel der Regierung oder privat und kontrolliert durch eine Funkzellenortung. Strikt isoliert werden vor allem infizierte Personen für den Zeitraum, in dem sie ansteckend sind; auch dies wird kontrolliert und bei Nichteinhaltung der Quarantäne hart sanktioniert, während man hierzulande die Isolation von infizierten Personen diesen selbst überlässt. Zu den Maßnahmen gehört weiterhin die schnelle elektronische Rückverfol-

gung von Kontakten mit Infizierten und die zeitnahe, digitalisierte Benachrichtigung aller potentiellen Kontaktpersonen. Keine Frage, eine solche Politik stellt einen zumindest temporären Eingriff in die Privatsphäre dar. Entsprechend müssen solche Maßnahmen einer strikten Kontrolle unterworfen werden; es muss vor allem gesichert sein, dass alle Daten nach sehr kurzer Zeit und zuverlässig wieder gelöscht werden. Es mag dennoch sein, dass einzelne Maßnahmen sich bei genauerer Prüfung als ein unverhältnismäßiger Eingriff in die Freiheitsrechte erwiesen hätten. Aber da setzt das Problem an: Es gab gar keine Diskussion darüber, geschweige denn eine systematische Prüfung, obwohl die Bundesrepublik wie viele andere westliche Gesellschaften von diesen Maßnahmen hätte lernen können. Ein solches Lernen nach der Best-practice-Methode aber fand und findet nicht statt. Dabei könnte Deutschland sicher auch von der Digitalisierung der Schulen in diesen Ländern lernen, damit zumindest die negativen Folgen der Schulschließungen gelindert werden können.

Die Erfolge einiger asiatischer Länder in der Pandemiebekämpfung sind keine Ausnahme. Seit zwei Jahrzehnten lassen sich ähnliche Erfolgsmeldungen aus anderen gesellschaftlichen Bereichen vernehmen. Dazu zählen die wirtschaftlichen Wachstumsraten und die Erfolge bei der Bekämpfung der absoluten Armut. Dieter Senghaas hat diese Prozesse als nachholende Entwicklung beschrieben. Ähnlich wie die kontinentaleuropäischen Länder am Ende des 19. Jahrhunderts den Vorsprung Großbritanniens im Zuge der industriellen Revolution aufgeholt haben, finden derzeit vergleichbare Prozesse in außereuropäi-

schen Regionen statt. Dabei haben die „Spätstarter“ den Vorteil, dass sie aus den Fehlern der „Frühstarter“ lernen können. Es wird aber übersehen, dass die Frühstarter auch von den Spätstartern lernen müssen. Wenn darauf verzichtet wird, besteht die Gefahr, im internationalen Wettbewerb zurückzufallen und sich vermeidbare Probleme einzuhandeln.

Großbritannien hat diese Erfahrung im 20. Jahrhundert machen müssen. Während die Wachstumsraten eines Landes wie Indien mit dem Hinweis auf die nachholende Entwicklung und die absolut gesehen höhere Wertschöpfung bei einem Prozent Wachstum in Deutschland noch ausgeblendet werden kann, schlägt Desinteresse dann in Borniertheit um, wenn die Sozialindikatoren der aufholenden Länder auch in absoluter Hinsicht besser sind. Diese absolute Überlegenheit der Spätstarter können wir jetzt in der Pandemie beobachten. Von deren Erfolg nicht lernen zu wollen, kann nur als Ausdruck einer fortgeschriebenen kolonialen Arroganz verstanden werden.

Symptomatisch für die geringe Wahrnehmung erfolgreicher Politiken anderer Länder ist die öffentliche Berichterstattung über die Pandemie, vor allem in den Nachrichtensendungen des öffentlich-rechtlichen Fernsehens, die weiterhin sehr hohe Zuschauerzahlen erreichen. Allabendlich kreist die Berichterstattung um das eigene Land. Nur sehr selten wird die Binnenperspektive verlassen und über die Corona-Politik derjenigen Länder berichtet, die die Ausbreitung des Virus eingehegt haben. Bis in den Spätherbst 2020 herrschte hierzulande das Narrativ vor, Deutschland stehe in der Bekämpfung der Pandemie ganz hervorragend da. Der vergleichende Blick ging meist Richtung Westen und wählte sich die USA unter Trump als Bezugspunkt aus. Bildstark wurde über die Überlastung von Bestattungsunternehmen oder lange Schlangen vor den Notaufnahmen amerikanischer Krankenhäuser berichtet. Der Blick Richtung Asien blieb aus. Und wenn berichtet wurde, dann meist mit einem herablassenden Unterton: Diese schränkten mit autoritären Maßnahmen die Freiheitsrechte der Bürger in unangemessener Weise ein, ein Weg, der mit der Selbstvorstellung des Westens nicht kompatibel sei.

Spätestens seit Dezember und dem Beginn des langen Teil-Lockdowns sind aber die massiven Freiheitseinschränkungen hierzulande nicht zu übersehen. Zwar mag man sich rühmen, mit einer nicht funktionierenden Corona-App die informationelle Selbstbestimmung der Bürger geschützt zu haben, zugleich wurden aber Geschäfte, Schulen, Kultureinrichtungen und Restaurants geschlossen, die Bewegungsfreiheit und die Kontaktmöglichkeiten auch in den eigenen vier Wänden eingeschränkt und Demonstrationen verboten: Maßnahmen, die tief in die Freiheitsrechte eingreifen. Im Vergleich dazu scheint die informationelle staatliche Kontrolle, der sich die Bürgerinnen und Bürger Südkoreas oder Taiwans unterwerfen müssen, fast wie eine Marginalie.

Aber nicht nur die Corona-Berichterstattung kreist um den nationalen Nabel, auch die wissenschaftlichen Beratungsgremien der Politik weisen eine merkwürdige Selektivität auf. Sie spiegeln nicht nur die Diskurshegemonie der Virologen, Epidemiologen und Mediziner, weil die Gesellschaftswissenschaften weitgehend ausgeschlossen sind. Es handelt sich vor allem um rein nationale Gremien. Experten aus erfolgreichen Ländern sind nach unserer Kenntnis nicht systematisch einbezogen.

Die Pandemie ist leider kein Einzelfall. Die Ignoranz des Westens gegenüber erfolgreichen Politiken asiatischer Länder zeigt sich auch in anderen Politikfeldern, wie zum Beispiel dem der Bildung. Seit der Veröffentlichung der ersten Pisa-Studie vor 20 Jahren ist das mittelmäßige Abschneiden der deutschen Schülerinnen und Schüler im Vergleich zu ihren Altersgenossen in vielen asiatischen Ländern bekannt. Auch hier ist das Stadium der nachholenden Entwicklung längst verlassen worden, und weite Teile Westeuropas müssten dringend nacharbeiten. Es ist wissenschaftlich hinreichend erforscht, dass Bildung die alles entscheidende Ressource für Innovationen und die Zukunft einer Gesellschaft darstellt. Ein systematisches Lernen von den bildungspolitischen Praktiken erfolgreicher asiatischer Länder blieb aber weitgehend aus. Finnland als ein vergleichsweise erfolgreiches Land in Europa wurde von allen Schulpolitikern bereist und in den Himmel gelobt. Die Erfolge der asiatischen Demokratien aber wurden weitgehend

ignoriert. Der Verweis auf eine vermeintlich andere, kollektivistische und autoritäre Kultur legitimierte dies.

Woher rührt die Ignoranz? Der amerikanische Soziologe William Ogburn hat 1922 seine Theorie des „Cultural Lag“ formuliert, die helfen kann, die Ignoranz des Westens gegenüber der Entwicklung asiatischer Länder zu erklären. Ogburn ging davon aus, dass unsere Wahrnehmungen, kulturellen Deutungen und Bewertungen der faktischen Entwicklung von Gesellschaften zeitlich hinterherhinken. In der Ignoranz des Westens gegenüber den Erfolgen asiatischer Länder in der Pandemiebekämpfung scheinen tradierte, häufig noch aus der Kolonialzeit stammende und längst überholte Fremd- und Selbstbilder aktiviert zu werden. Dazu gehören Vorstellungen von Rückständigkeit, autoritären und kollektivistischen Orientierungen einerseits und dem Westen zugeschriebene Attribute von Selbstbestimmung, Individualismus und Fortschritt andererseits. Die Realität sieht (und sah wahrscheinlich schon immer) anders aus. Es ist höchste Zeit, die tradierten Narrative postkolonialer Ignoranz über Bord zu werfen und sich auf ein pragmatisches globales Lernen einzulassen.

Man wünscht sich in diesem Zusammenhang die bessere Einbindung von ausländischen Beratern aus Ländern, die erfolgreich die Pandemie eingedämmt haben und eine regelmäßige mediale Berichterstattung über die Coronapolitiken anderer Länder. Das könnte dann auch zu einer effektiven und aufgeklärten Pandemiepolitik in Deutschland führen. Für dieses Mal mag es dafür zu spät sein. Aber Covid-19 wird nicht die letzte Pandemie des 21. Jahrhunderts sein und Pandemiepolitik ist nicht das einzige Politikfeld, wo die westlichen Gesellschaften von den sogenannten „Spätstartern“ lernen sollten.

Jürgen Gerhards ist Professor für Makrosoziologie an der Freien Universität Berlin. Michael Zürn ist Direktor der Abteilung „Global Governance“ am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) und Professor für Internationale Beziehungen an der Freien Universität Berlin.

Illustration von Martha von Maydell, mvmpapercuts.com

«Sin patriotismo es muy difícil tener una buena democracia»

Además de explicar los efectos corrosivos de la polarización política, Víctor Lapuente (Chalamera, Huesca, 1976) propone en 'Decálogo del buen ciudadano' (Península) algo así como diez mandamientos para superar los efectos de un mundo «cada vez más narcisista y victimista», al tiempo que aboga por la necesidad de «abandonar el individualismo, tanto el económico de derechas como el cultural de izquierdas».

Steven Levitsky y Daniel Ziblatt, en *Cómo mueren las democracias*, explican que los sistemas de democracia representativa no sobreviven a las crisis únicamente gracias a la existencia de reglas formales, como una Constitución que preserva los derechos individuales o un poder judicial independiente, sino que descansan sobre «un invisible magma de convenciones informales, de reglas no escritas sobre cómo ciudadanos y políticos debemos comportarnos». Víctor Lapuente recuerda este axioma en su último ensayo, y añade: «Para evitar que nuestras sociedades desciendan por el camino del autoritarismo, nuestros dirigentes políticos tienen que practicar dos preceptos morales básicos: la tolerancia y la autocontención». Una de las principales tesis que sostiene el autor, politólogo reputado, es que la creciente polarización supone un peligro para la democracia. Y que a ello contribuye el engorde de una sociedad «narcisista» sustentada en la «egocracia del *selfie*». Lo analiza en detalle en *Decálogo del buen ciudadano* (Península), que el martes –vía telemática– presentó en la Fundación Rafael del Pino de la mano de Lucía Méndez, periodista de EL MUNDO.

Pregunta. – ¿La pereza, la vanidad y el victimismo son los tres principales vicios del mundo de hoy?

Respuesta. – Sin duda. Todos derivan de la misma fuente, el individualismo radical. Como intento defender en el libro, es el producto de un proyecto ideológico doble. Por un lado, de la derecha neoliberal, que encontró en el individualismo una manera de apelar a los votantes y mató los valores democristianos que defendía. Ha sustituido a Adenauer o Kohl por Trump y Johnson. Queda Merkel. Por otro, responde

también a la izquierda, que a partir de los años 70 liquidó la idea de la patria y la nación inacabada, que era el equivalente a Dios para la derecha, por un cosmopolitismo vago y un rechazo a la patria explícito y, en algunos casos, violento. La izquierda demandaba deberes por la patria. Ahora solo habla de derechos.

P. – Sobre España, escribe: «No conozco país donde se haya llegado a tal nivel de desafección emocional con la patria». ¿Sin patriotismo es difícil cimentar una buena democracia?

R. – Es difícilísimo, casi imposible sostenerla en el tiempo. Es uno de los principales problemas de España, al margen de que haya movimientos separatistas más o menos fuertes en el País Vasco Cataluña. El problema de fondo es la falta de ese sentimiento de comunidad. La frontera con el nacionalismo es difusa. El patriotismo trata de unir y responde a la idea de que *yo como individuo, me someto a algo que está por encima*. Es un ideal trascendental. El nacionalismo distingue entre buenos y malos patriotas. Se sirve de una ideología para llenar tu vacío emocional. Vale para el populismo, tanto de derechas como de izquierdas.

P. – ¿Una transaccional podría ser la idea de Habermas del patriotismo constitucional?

R. – Ni tan siquiera tenemos eso. La confianza ciudadana es una de las variables relacionadas no solo con la fortaleza de una democracia, sino con la estabilidad política y con el nivel de protección del Estado de bienestar. Vemos cómo en EEUU republicanos y demócratas cada vez están más separados, viven en barrios diferentes y consumen medios de comunicación distintos. Si todos no nos sentimos parte de una

comunidad, es muy difícil prosperar. Un Estado no puede ser solo algo coercitivo, hay un elemento voluntario a la hora de cumplir las normas. Lo estamos viendo también con la pandemia. Cuando no confías en las recomendaciones, se produce un círculo vicioso de desconfianza entre las instituciones y la ciudadanía. A la derecha le toca no dejarse seducir por los cantos de sirena del nacionalpopulismo y a la izquierda, hacer suyos el concepto de patria y los símbolos de la misma.

P. – ¿Qué significa el concepto de «criba política»?

R. – Es la creciente división dentro de una misma sociedad de opiniones y actitudes de los ciudadanos en función de su ideología política. Por ejemplo, en los años 80, en EEUU no podías deducir la ideología de una persona que se declarara abortista o antiabortista. Hoy, conociendo su postura sobre el aborto, es imposible que no sepas si es demócrata o republicana. Lo mismo pasaría casi hasta con el uso de las mascarillas. Se está produciendo un fenómeno de segregación social a nivel mental e incluso geográfico. Las ciudades y las zonas de costa son más liberales y proclives a los demócratas. En cambio, el interior es republicano.

P. – ¿La polarización creciente en España hay que enmarcarla en ese proceso?

R. – Sí, y en el libro explico que esto se debe a la pérdida de los valores trascendentales que nos guían la vida. Lo que distingue a los seres humanos de los animales no es tanto la capacidad de pensar o de emocionarse, sino aquello que Ross Douthat define como *homo religiosus*. Buscamos un sentido religioso a la vida. Y si no lo encontramos en un ideal trascendental, sea Dios o una patria, llena-

mos el vacío con algo. Buscaremos un líder con moño o que monte a caballo. Eso es peligrosísimo porque la política deja de ser una discusión pragmática, casi aristotélica, entre qué es mejor o peor, subir o bajar impuestos, para pasar a ser una lucha cósmica entre el bien y el mal. Las ideologías, en parte, han sustituido a la religión.

P. – Escuchándole me viene la mente el reto de las pensiones. Hay una derecha que fue incapaz de introducir cambios cuando disponía de mayoría absoluta y hay una izquierda que no admite la evidencia de la evolución demográfica. Otro tanto podríamos decir de los impuestos: la derecha defiende a ultranza una rebaja de la presión fiscal en un momento en el que se ha hundido la recaudación y hay que reforzar los servicios públicos, mientras la izquierda aplica un alza tributaria pese a que determinados sectores necesitan un alivio fiscal por el desplome de la actividad productiva.

R. – Tiene toda la razón. La fe en su *Dios político* les ciega y no les deja ver la evidencia. En un Estado moderno y complejo habrá aspectos que inexorablemente habrá que recortar y otros que se tendrán que ampliar. Todo eso es difícil si te ciega tu ideología. Hasta los años 90, la izquierda defendía las externalizaciones. Ahora las posturas están mucho más cerradas. Un ejemplo es la Barcelona del 92. Actualmente, ni las autoridades autonómicas cooperarían en ese proyecto ni el PSOE ni la izquierda se prestarían a la colaboración público-privada que fomentó Maragall. Las redes sociales acrecientan este fenómeno.

P. – ¿Las redes sociales condicionan el discurso público hasta contribuir a la división social? No me refiero solo a la desinformación y las *fake news*, sino a la capacidad que tienen de condicionar la conversación pública. Se lo pregunto de otra manera: ¿Si hubieran existido entonces las redes sociales, habrían sido posibles los Pactos de la Moncloa en la Transición?

R. – Pues seguramente hubieran sido mucho más difíciles. La política se ha vuelto adicta a la inmediatez. Tenemos estos canales y 24 horas en televisión. Si ya la política en una democracia tiende al cortoplacismo, porque estás cuatro años en el cargo, las redes sociales no hacen más que acentuar la fragmentación y la sensación de cambio. Los políticos ven como un incentivo salir en los medios todos los días. Las

redes funcionan como las máquinas tragaperras: los algoritmos te dan un *feedback* escaso e irregular, es decir, no todos los días recibimos los mismos *likes*. Eso genera mucha adicción a nuestro ego y a nuestra fama.

P. – Pla decía que es más difícil describir que opinar. ¿No hemos contribuido también los medios a esa sublimación del narcisismo?

R. – Los medios de comunicación explotan comercialmente el narcisismo masivo en el que vivimos, incluso en mitad de una pandemia. En todo caso, los medios en general y la prensa en particular cumplen un papel fundamental en el funcionamiento de la democracia. Cuantos más lectores de periódico tiene un país, mayor calidad tendrá su democracia.

P. – Usted reside y trabaja en Suecia. ¿Qué ha fallado en su estrategia, que en la primera ola de la pandemia pareciera modélica?

R. – Ha ocurrido exactamente lo contrario que en España. Mientras en España los políticos han estado muy involucrados en la toma de decisiones, incluso inauguran dispensadores de gel en el Metro, en Suecia las decisiones están en manos de agencias independientes en las que el Gobierno interfiere de manera puntual y respetuosa con el criterio de los expertos. Suecia es el caso extremo entre los países nórdicos en este modelo. En España hay una excesiva politización y en Suecia lo que hay es una excesiva tecnocracia.

P. – Hablamos de politización, pero quizá podría definirse mejor como partidismo.

R. – Sí, en España es más fácil politizar las cosas porque la llegada de un Gobierno nuevo implica la colonización de las instituciones. El Estado acaba siendo el partido.

P. – ¿El Gobierno PSOE-Podemos depende en transparencia?

R. – Si no suspende, tiene un aprobado justísimo. No hay ningún país sin corrupción, pero los que la tienen mínima disponen de leyes que facilitan el acceso a la información. Los países con corrupción tienen leyes en transparencia. En España hay más de lo segundo que de lo primero. Hemos permitido que haya supuestos intereses generales que justifican la opacidad, ya sea para conocer el nombre de un comité de expertos o el coste del hospital Zenda. En España pides un dato y te remiten a un formulario o a una página web. En otros países te lo dan directa-

mente. Hace falta un cambio en la cultura de la transparencia, que excede al Gobierno. Afecta a todas las instituciones.

P. – Pablo Iglesias le espetó al PP que la derecha tardaría años en volver al poder. ¿La división de la derecha es un seguro para la coalición de izquierda?

R. – Me parece una muy buena pregunta difícil de responder. Desde un punto de vista demoscópico, España es un país ligeramente a la izquierda. Lo que permitió a la derecha romper esa tendencia fue la fragmentación de la izquierda. Pero ahora es la derecha la que acusa la división. Ojo, de eso no se deriva que una reunificación de la derecha resolviera ese problema. Lo que podría ayudar a la gobernabilidad no es tanto la idea de que haya bloques sino actores intercambiables, es decir, los denostados partidos bisagra. En este caso, Ciudadanos, que debería ser capaz de moverse a un lado y otro.

P. – O sea, Arrimadas acierta al pactar con Sánchez.

R. – Si queremos un país sin extremistas necesitamos un partido de centro fuerte. Ciudadanos, con Rivera, tuvo una ocasión única de ejercer una influencia en las políticas públicas muy por encima de su peso electoral. La desperició y, en parte, lo entiendo porque había un incentivo electoral. Cs tiene que optar entre el alma liberal o el de derechas. El cambio con Arrimadas tiene sentido, aunque tendrá un coste electoral. Ningún partido liberal o de centro es mayoritario. Sus porcentajes de voto basculan entre el 5% y el 15%. Lo suficiente para dar estabilidad a un país.

P. – ¿Los Ejecutivos de coalición han venido para quedarse o habrá una recuperación del bipartidismo?

R. – Han venido para quedarse y debemos acostumbrarnos. No creo que vayamos al extremo de Israel, que es ingobernable, pero sí tendremos que convivir con muchos partidos. En España el sistema electoral era *de facto* casi mayoritario, como el británico, como mínimo, en las provincias menos pobladas. Esto se ha roto en parte con la irrupción de nuevas formaciones en el ámbito nacional, que han sido capaces de penetrar en esa España que era un coto de caza privado de PSOE y PP. Una característica de los países que tienen una larga tradición de gobiernos de coalición, como Holanda o los nórdicos, es la existencia de Parlamentos fuertes y con recursos para controlar la acción del

Ejecutivo. Aquí no tenemos eso. Por otro lado, ocurre en casi todos los países con coaliciones que el socio minoritario acaba perdiendo un porcentaje elevado de votos. Eso explica que Podemos esté buscando mucha visibilidad. A mí me gustaría que la buscaran con políticas y no tanto con declaraciones extemporáneas como la comparación de Puigdemont con los exiliados.

P. – Vayamos a Cataluña. Más allá del 14-F, ¿la vía de negociación activada por el Gobierno será útil?

R. – Los incentivos de Sánchez han cambiado de manera radical desde la aprobación de los Presupuestos. El votante medio al que quería apelar era

de ERC o del nacionalismo vasco. Una vez que está relativamente sólido, el votante al que querrá seducir será el que le granjee unos buenos resultados en las próximas elecciones, es decir, el de Cuenca. No veo ningún peligro inmediato en la negociación abierta con la Generalitat, que me parece más simbólica que otra cosa. Es una mesa bilateral vaga con actores vagos. No hay riesgo para el constitucionalismo. Lo que sí me preocupa es el largo plazo. Veo una Cataluña fracturada en dos. Los puentes se siguen rompiendo. El *enfermo* sufrió una crisis grave en 2017 pero volverá a recaer. No me preocupa el 14-F, sino cómo se gobierna al día

siguiente.

Víctor Lapuente Giné, fotografiado en Barcelona.

por raúl conde

foto antonio moreno

Z Doctor en Ciencias Políticas por la Universidad de Oxford. Catedrático en la Universidad de Gotemburgo (Suecia) y profesor visitante en Esade
Z Autor de ‘El retorno de los chamanes. Los charlatanes que amenazan el bien común y los profesionales que pueden salvarnos’ (Península, 2015).

Wörter:

2261

Seite: 3
Ressort: Mal ehrlich
Ausgabe: Hauptausgabe

Mediengattung: Tageszeitung
Auflage: 46.844 (gedruckt)¹ 47.409 (verkauft)¹
 48.092 (verbreitet)¹
Reichweite: 0,121 (in Mio.)²

¹ von PMG gewichtet 10/2020

² von PMG gewichtet 07/2020

Was haben wir von mehr Vätern in Elternzeit, Jutta Allmendinger?

Durch den Lockdown sind vor allem Frauen belastet, sagt die Soziologin **Jutta Allmendinger** - und sie fallen oft in alte Rollenmuster zurück. Das macht niemanden glücklich, meint die 64-Jährige im Gespräch mit Leonie Schulte. Denn Frauen und Männer wünschen sich ein partnerschaftliches Leben.

Frau Prof. Allmendinger, nach dem ersten Lockdown kritisierten Sie: Kita- und Schulschließungen führten zu Retraditionalisierungen alter Rollenmuster. Jetzt sind erneut Kitas und Schulen geschlossen. Haben Sie ähnliche Befürchtungen?

Ich habe gar keinen Grund, nicht die gleichen Befürchtungen zu haben, weil die Datenlage mittlerweile noch stabiler geworden ist. Wir sehen, dass die sogenannte Mental Load, also die psychische Belastung, von Frauen während des Lockdowns extrem steigt. Bei Männern ist sie dagegen mehr oder weniger unverändert. Außerdem sind Frauen nach dem Lockdown langsamer in den Arbeitsmarkt zurückgekommen. Und auch jetzt sind es wieder die Frauen, die viel stärker ihre Stunden reduzieren. Obgleich wir Zeit hatten, uns vorzubereiten, sehe ich nicht, dass wir Gegenmaßnahmen getroffen haben.

Welche Gegenmaßnahmen sollten das sein?

Zum Beispiel, dass Studierende dafür bezahlt werden, Kinder zu einem Spaziergang abzuholen. Sie könnten einen Schnelltest machen und dann Mütter mal für drei Stunden entlasten. Oder dass Räumlichkeiten in Hotels angemietet werden für Schulen, so wie das bei den Abgangsklassen der Hochschulen praktiziert wurde. Also meine Irritation ist in diesem zweiten Lockdown fast stärker geworden.

Sie fordern seit Jahrzehnten mehr Gleichberechtigung ein. Sprechen wir da noch von Irritation oder platzt Ihnen tatsächlich schon die Hutschnur?

Ich habe das eben nett ausgedrückt. Aber ich habe ein anderes Manuskript liegen lassen, um ein komplett ungeplantes und auch sehr persönliches Buch

zu schreiben. Das hat sehr stark etwas mit dem Platzen der Hutschnur zu tun. In Ihrem neuen Buch machen Sie konkrete Vorschläge zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf - eben durch mehr Gleichberechtigung. Vieles davon wird schon sehr lange gefordert. Wie frustriert sind Sie gerade?

Tatsächlich weniger als im vergangenen Jahr. Das hat etwas damit zu tun, was wir im Oktober vergangenen Jahres bezüglich der Quote zu Frauen in Führungspositionen bewegen konnten. Junge Frauen haben offensichtlich einen Einstellungswandel vollzogen. So konnten wir eine breite Koalition zusammenführen über alle Altersgruppen hinweg: Wirtschaft, Wissenschaft, Politik, Kultur, Sport. Dass der bayerische Ministerpräsident Markus Söder dann die Quote forderte, dass der Gesetzentwurf nun ins Parlament geht - ein riesiger Erfolg. Daraus habe ich gelernt, dass wir als Frauen viel stärker sind, wenn wir die Dinge konkret beim Namen nennen und gemeinsam dafür eintreten.

So gesehen liegt also ein, auch in dieser Hinsicht, erstaunliches Jahr hinter uns: Da gab es alte Rollenmuster auf der einen Seite und eine neue Frauenquote auf der anderen Seite.

Ja, das hätte ich nicht gedacht. Wobei man aber auch sagen muss, dass diese Frauenquote ein kleines Bausteinchen ist. Etwas, was selbstverständlich wichtig ist, um die Sichtbarkeit von Frauen in Führungspositionen zu erhöhen. Aber es hat natürlich für das Leben jeder einzelnen Frau im Hier und Jetzt bei Weitem weniger Wirksamkeit. Es ist etwas, dem andere Dinge rasch folgen müssen. Was wäre der nächste Schritt?

Mein Blick richtet sich jetzt auf den nächsten Koalitionsentwurf. Da soll es

ganz konkret um ein Familiensplitting gehen. Es kann einfach nicht sein, dass wir nur gegen das Ehegattensplitting sind. Dagegen sind wir schon lange. Es muss jetzt eine klare Botschaft her, für was man ist. Das Gleiche gilt auch für die Vätermomente während der Elternzeit. Andere Länder machen es uns schon lange vor, dass man mit vier Vätermomente die Wahrscheinlichkeit erhöht, die unbezahlte Arbeit zwischen Müttern und Vätern gerechter verteilen zu können.

Der Titel Ihres Buches lautet ja „Es geht nur gemeinsam“. Ist es ausgerechnet jetzt an der Zeit für Eltern, die Dinge zu Hause neu zu verhandeln? Vielen fehlt womöglich gerade die Kraft dafür.

Das Buch ist keine Anleitung zum richtigen Verhalten in Corona-Zeiten. Ich habe es aber geschrieben in der Kenntnis, wie Männer und Frauen, die in Partnerschaften leben, sich ihr gemeinsames Leben vorstellen. Denn da sind die Ergebnisse unserer Studien eindeutig: Männer und Frauen wollen das partnerschaftlich regeln! Werden sie aber Eltern, folgen auf Worte und Pläne keine Taten. Es sind dann die Mütter, die lange in Elternzeit gehen und in Teilzeit wieder in den Job einsteigen. Väter erhöhen meist sogar ihre Arbeitsstunden, und wenn sie die Arbeitszeit unterbrechen, dann oft nur zeitgleich mit der Mutter. Daher müssen wir den jungen Familien Hilfestellungen geben.

Was wären das für Hilfestellungen?

Wir müssen die Anreize beseitigen, die diese Lebensentwürfe verhindern. Da sind wir relativ schnell bei absurden Steuererleichterungen für bestimmte Familienmodelle und der kostenlosen Mitversicherung bei der geringfügigen Beschäftigung. Bei alledem also, was nicht zuträglich ist für eine partner-

schaftliche Aufteilung.

Die Dinge, die Sie gerade bemängeln, wirkten sich schon vor Corona hinderlich aus. Inwiefern wirft uns dann der Lockdown noch zurück?

Was uns zurückwirft, ist - und das habe ich so nicht erwartet -, dass Familien und Mütter nicht einmal auf der politischen Agenda stehen. Wir haben die Familien gar nicht im Blick! Das vollkommen auszublenden erschien mir absolut als Zeichen der Retraditionalisierung.

Wie erklären Sie sich das?

Im März vergangenen Jahres hat es daran gelegen, dass Corona-Kommissionen quasi frauenlos waren und einen relativ hohen Altersdurchschnitt hatten - und damit keine Fürsprecher für das Thema. So setzt sich dann diese traditionelle Sicht durch: Die Frauen werden es schon zu Hause richten. Was ja auch leider stimmt!

An die Wirtschaft richtet sich der Appell, so vielen Beschäftigten wie möglich Homeoffice zu ermöglichen. Einige Eltern hoffen darauf, dass das Homeoffice auch nach Corona bleiben wird. Sie aber sehen das kritisch. Warum?

Das Homeoffice erleichtert die Vereinbarkeit, ja. Es wird aber auch als etwas bejubelt, das Frauen angeblich bei der Karriere hilft. Und das kann ich überhaupt nicht nachvollziehen. Es wird die Unterschiede zwischen den Geschlechtern nur erhöhen oder zumindest den Wandel verlangsamen. Frauen sind ja gerade erst im öffentlichen Leben angekommen, werden so aber wieder der Sichtbarkeit beraubt. Aus dem Homeoffice heraus wird eine Frau sicher keine Führungsposition erreichen.

Aber nicht jede Frau will Karriere machen. Und gerade wenn die Last von Familie und Job groß ist, sind Mütter vielleicht auch ganz dankbar auf diesen „Mummy tracks“ zu sein. So nennen Sie die Pfade, auf denen es nicht mehr nach oben geht.

Vielleicht ja auch manche Männer! Noch einmal: Ich möchte mit meinem Buch keine Lebensmodelle vorschreiben. Das Gegenteil ist der Fall: Ich

möchte Lebensoptionen aufzeigen. Und dazu gehört auch, mehr als nur auf diesen „Mummy tracks“ zu sein. Es gehört dazu, Beruf und Leben als Eltern zu teilen.

Sie sind kurz nach der Geburt Ihres Sohnes wieder zurück an die Uni gegangen. War das nicht sehr anstrengend?

Nein, das war eine absolute Selbstverständlichkeit. Ich hatte eine extrem leichte Geburt, und meine Mutter liebte München. Sie ist mitgefahren, wenn ich zur Uni bin. Es war für mich eine Freude, nach dem Mutterschutz wieder in das universitäre Leben zu kommen. Was mich belastet hat, waren diese Vorwürfe, dass ich mein Kind vernachlässige. Das hat schwer gesessen, und damit hatte ich auch nicht gerechnet. Die sieben Jahre zuvor war ich in den USA, und dort kamen Professorinnen oder Studentinnen ganz selbstverständlich mit ihren Säuglingen in die Uni.

Immer mehr Mütter, durchaus auch im Beruf erfolgreiche, hinterfragen das System der Erwerbsarbeit. Sie verstehen nicht, warum das Sortieren von Akten mehr wert sein soll als das Stillen eines Babys. Können Sie das nachvollziehen?

Ich kann es dann nachvollziehen, wenn es Berufe sind, und das sind ja viele Frauenberufe, die niedrig bezahlt werden, die repetitiv sind, die keine Anerkennung bringen. Auf der anderen Seite sehe ich auch viele Frauen, denen mit 40, 50 die Decke auf den Kopf fällt und die schlichtweg das breitere, größere Leben vermissen, in das sie nicht mehr zurückfinden. Und das ist genau der Grund, warum ich nicht für eine Vollzeitwerbstätigkeit plädiere, sondern für eine Vier-Tage-Woche, die sowohl Zeit für die Familie gibt als auch Zeit für das Entfalten in außerfamiliären Tätigkeiten.

Was hat die Gesellschaft denn von mehr Vätern in Elternzeit und mehr Frauen in Führungspositionen?

Eine solche Gesellschaft kann von sich sagen, wirklich Lebensoptionen für Männer und Frauen bereitzustellen. Und eine solche Auswahlmöglichkeit haben wir momentan einfach nicht. Es heißt

immer, Frauen wollten in Teilzeit, Frauen wollten in diese und jene Jobs. Aber dieses Wollen kann ich doch nur dann tatsächlich unterstellen, wenn es eine wirkliche Wahl gibt. Solange es finanzielle Vorteile bringt, wenn die Frau zu Hause ist, so lange werden wir nicht die gleichen Optionen haben. Dabei hat die Gesellschaft so viel davon, wenn sich Frauen realisieren könnten. Weil sie dann glücklicher sind, selbstständig agieren könnten und eben nicht abhängig wären von der Unterstützung des Staats oder ihrer Männer. Weil sie glücklicher wären.

Wie zuversichtlich sind Sie, dass sich diese Vision realisieren lässt? Und wie kriegt man die Männer mit ins Boot?

Ich weiß gar nicht, ob man die Männer zwingen müsste. Deshalb heißt mein Buch ja auch: „Es geht nur gemeinsam“. In den Befragungen sehen wir, dass Väter mehr Zeit für ihre Kinder haben wollen. Was fehlt, ist die Unterstützung vom Arbeitgeber. Da muss man auch helfen und sagen: „Leutchen, wenn ihr mal sechs Wochen nicht da seid, dann passiert euch gar nichts!“ Sie haben eingangs gesagt, dass vieles schon lange gefordert wird, und dann kann ich durchaus selbstkritisch sagen, dass meine formulierten Ziele nicht neu sind. Man kann es aber auch so sehen: Die meisten Themen sind durchdiskutiert, jetzt braucht es das Handeln! Ich sehe eine hohe Bereitschaft, das Ehegattensplitting zu kippen. Jetzt braucht es nur einen adäquaten und durchgerechneten Ersatz. Und ich habe auch mit Sicherheit keine massiven Gegenstimmen mehr in der Politik in Bezug auf die Vätermomente.

Ihre formulierten Ziele sind eher pragmatisch. Wenn Sie sich von diesem Pragmatismus einmal befreien: Wie sähe die Welt aus, die Sie für Ihre fiktive Enkelin Marie, von der Sie im Buch schreiben, ersinnen würden?

Das wäre die Welt, in der Frauen die gleichen Möglichkeiten der Selbstentfaltung haben wie Männer: finanzielle Unabhängigkeit, Ausstiegsmöglichkeiten, Wahlfreiheit, Lebensoptionen eben.

Fotograf:

Foto: Jürgen Heinrich/Imago images

Wörter:

1591

Seite: 2
Ressort: Politik
Rubrik: Nassauische Neue Presse
Ausgabe: Hauptausgabe

Mediengattung: Tageszeitung
Auflage: 10.299 (gedruckt)¹ 11.618 (verkauft)¹
 12.029 (verbreitet)¹
Reichweite: 0,050 (in Mio.)²

¹ von PMG gewichtet 10/2020

² von PMG gewichtet 07/2020

Die blockfreie Mitte erhalten

ANALYSE - Wie Deutschland eine Polarisierung wie in den USA verhindern kann

VON DIETER SATTLER

Frankfurt - Der Sturm der Anhänger von Donald Trump auf das Kapitol am 6. Januar löste weltweites Entsetzen aus. Er zeigte endgültig, wie gespalten die USA sind. Unterstützer eines vor vier Jahren gewählten Präsidenten weigerten sich, von ihm aufgehetzt, seine Wahlniederlage vom November 2020 anzuerkennen. Sie bedrohten Abgeordnete, die nicht auf ihrer Seite standen. Es war der negative Höhepunkt einer Entwicklung zu einer "rauen Demokratie", wie der Politikwissenschaftler Paul Nolte eine Republik nennt, die unter den Druck von Populisten gerät. In einer "gesitteten Demokratie" werden dagegen die Spielregeln von Regierung und Opposition anerkannt.

AfD-Kalkül ging bislang nicht auf

Zum Glück ist in Deutschland die Polarisierung längst noch nicht so weit fortgeschritten wie in den USA, wo es kaum noch eine Verbindung zwischen Demokraten und Republikanern gibt. Doch entsprechende Risiken dürfen auch hierzulande nicht übersehen werden. Mit der AfD erhielt bei der letzten Bundestagswahl eine Partei 12,6 Prozent der Stimmen, die immer wieder Grundlagen unserer repräsentativen Demokratie in Frage stellt. Bereits direkt nach der Bundestagswahl 2017 kündigte der damalige AfD-Chef Alexander Gauland an, die Regierung "jagen" und "sich das Land zurückholen" zu wollen. Ausdrücke, die ganz ähnlich von Trump-Anhängern kamen und die in ihrer brutalen Sprachgeste gleichsam aus dem Verfassungsrahmen einer "gesitteten Demokratie" hinausführen. Zumindest

wenn man sie kombiniert mit etlichen Drohgebärden aus dem AfD-Umfeld bis hin zum rheinland-pfälzischen Fraktionschef Uwe Junge gegenüber missliebigen Journalisten oder Politikern, die man "eines Tages zur Rechenschaft ziehen" wolle. Wie deutsche Vorstufen des Sturms auf das Kapitol wirken die Belagerung des Reichstages bei einer Demo der "Querdenker" im August und die im November erfolgte Belästigung von Bundestagsabgeordneten durch eine Besuchergruppe der AfD. Zwar scheint ihr Kalkül nicht aufgegangen zu sein, sich durch die Allianz mit den "Querdenkern" zu stärken, denn sie verlor an Zustimmung - aber nicht unbedingt an politischem Einfluss. Die Rechtspopulisten waren schon einmal abgeschrieben worden, als die Euro-Debatte abebbte. Aber dann nutzten sie die Irrungen und Wirrungen der Flüchtlingskrise zum raschen Wiederaufstieg. Auch in der Corona-Krise könnte die AfD langfristig doch noch von einer sich gerade wieder abzeichnenden Verrohung der Demokratie profitieren.

Während in den USA der neue Präsident Joe Biden überhaupt erst wieder eine Brücke zwischen seinen Demokraten und zumindest moderaten Republikanern bauen muss, fordert der Politikwissenschaftler **Wolfgang Merkel**, in Deutschland die "blockfreie Mitte" zu erhalten und zu stärken, um eine Polarisierung wie in den Staaten erst gar nicht entstehen zu lassen. Er glaubt, dass sich in der Regierungszeit von Bundeskanzlerin Angela Merkel der gesellschaftliche Mainstream zu sehr in die linksliberale Richtung bewegt habe. Auf diese Weise drohten konservativ, aber demo-

kratisch denkende Menschen, die ihre Werte und Ansichten in der offiziellen Politik nicht mehr vertreten sahen, politisch heimatlos zu werden. Man müsse ihnen ein Angebot machen, damit sie nicht nach rechts abdriften. Interessanterweise fordert auch Grünen-Chef Robert Habeck in seinem neuen Buch "Von jetzt an anders", sich stärker um genau jene Leute zu kümmern. In einem Interview mit der "Zeit" werfen ihm die Journalisten aber vor, dass er jener Gruppe nur tröstendes Handauflegen anzubieten hätte. Inhaltlich mache er keine Zugeständnisse. Das zeige sich etwa darin, dass er die angeblichen Hinterwäldler*innen in Schutz nehme, dabei aber eben die Gendersprache benutze, mit der genau jene Leute sicher wenig anzufangen wüssten. Habeck bemerkt dazu trocken, das Gendern habe sich nun mal durchgesetzt. Obwohl er selbst nicht als großer Fan des neuen linken Sprachspiels gilt, signalisiert er der Klientel, um die er sich doch angeblich mehr kümmern will, dass er nicht bereit ist, auch für ihre Belange einzutreten. Es bleibt bei der verständnisvollen Geste.

Auch wenn das "Angebot" für konservative Gemüter also eher dünn ist, scheint die demokratische Mitte kurzfristig nicht gefährdet zu sein. Das hat auch mit der Sechs-Parteien-Landschaft zu tun, die differenziertere Angebote als in den USA machen kann. Neben der Koalition der Mitte von Union und SPD stehen auch Schwarz-Grün und der jüngste Ampel-Flirt der FDP mit SPD und Grünen für die Bereitschaft zu lagerübergreifenden Koalitionen.

Abbildung: "Querdenker" besetzten am 29. August nach einer Demo gegen die Corona-Politik symbolisch die Treppen des Reichstags. foto: DPA

Fotograf: Achille Abboud/NurPhoto/dpa

Wörter: 659

Urheberinformation: Alle Rechte vorbehalten. © Frankfurter Societäts-Medien GmbH, Frankfurt am Main

© 2021 PMG Presse-Monitor GmbH

Seite: 1
Ressort: Titelseite
Rubrik: MANTEL

Mediengattung: Tageszeitung
Auflage: 9.067 (gedruckt)¹ 8.659 (verkauft)¹
 8.720 (verbreitet)¹
Reichweite: 0,028 (in Mio.)²

¹ IVW 3/2020

² AGMA ma 2020 Tageszeitungen

Der Wahlkampf hat begonnen

KOMMUNALWAHL Parteien werben wegen Corona verstärkt online

Waldeck-Frankenberg - Nur noch fünf Wochen bis zu den Kommunalwahlen in Hessen. Am Sonntag, 14. März, werden in Waldeck-Frankenberg der Kreistag, die Stadtverordnetenversammlungen und Gemeindevertretungen sowie die Ortsbeiräte gewählt. Der Wahlkampf hat bereits begonnen. Wegen der Kontaktbeschränkungen in der Corona-Pandemie findet er aber weniger auf der Straße oder in Bürgerhäusern statt, dafür mehr im Internet und in sozialen Netzwerken.

Normalerweise würden die Parteien, Bürgerlisten und Wählergruppierungen, die zur Wahl antreten, jetzt die ersten Wahlkampfstände auf Marktplätzen und Infoabende in Dorfgemeinschaftshäusern anbieten, um ihr Wahlprogramm bekanntzumachen, ihre Kandidaten vorzustellen, um mit den Bürgern vor Ort ins Gespräch zu kommen und Flyer, Kugelschreiber und Schlüsselanhänger mit Slogans und dem Partei-Logo zu verteilen.

'Das alles werden wir vermutlich nur in einem sehr beschränkten Maße erleben',

sagt der Kasseler Politikwissenschaftler **Wolfgang Schroeder**. 'Was wir derzeit erleben, ist die Zurückdrängung des klassischen Wahlkampfes in den Bürgerhäusern, an den Haustüren, auf der Straße - also des Wahlkampfes, der durch direkten Kontakt geprägt ist und der für die Kandidaten bedeutet, dass sie durch Reden und durch ihr persönliches Erscheinen für sich und ihre Parteien werben können.'

Stattdessen sind nun selbst kleine Bürgerlisten ins Internet gegangen, einige haben extra eine eigene Homepage erstellt und Kanäle auf Facebook und Instagram angelegt. Sie veröffentlichen dort ihre Wahlziele, stellen ihre Kandidaten vor, manche haben kurze Videos erstellt.

Wie beim klassischen Wahlkampf sei es auch beim digitalen Wahlkampf das Ziel, sagt **Schroeder**, 'die eigene Klientel zu mobilisieren und neue Wählergruppen hinzuzugewinnen'. Wichtig dafür, sagt der Experte, seien pfiffige Botschaften, anregende Bilder und insgesamt eine kluge, zielgruppenorien-

tierte Information und Ansprache. 'Was aber fehlt, ist das Werben durch die eigene Person, durch Emotionalität und Vertrautheit im persönlichen Kontakt.'

Was auch in Corona-Zeiten bleibt, ist der Wahlkampf über die Zeitung. Die HNA gibt allen Parteien, Bürgerlisten und Wählergruppierungen, die für den Kreistag oder die Stadt- und Gemeindeparlamente antreten, die Möglichkeit, Pressemitteilungen in der Zeitung zu veröffentlichen. Und die Redaktion hat ihnen Fragen über ihre Erfolge und Ziele gestellt. Die Antworten veröffentlichen wir in den kommenden Wochen in der Zeitung - heute zum Auftakt aus Battenberg.

Und letztlich ist es auch die Aufgabe jedes Wählers, sich selbst aktiv zu informieren, wofür die einzelnen Wahlvorschläge stehen, was ihre Ziele und wer ihre Kandidaten sind. Foto: DAVID AUSSERHOFER/NH

» SEITEN 6 UND 7
 VON JÖRG PAULUS

Abbildung: Wolfgang Schroeder Politikprofessor der Uni Kassel
Wörter: 386
Urheberinformation: (c) 2021 Frankenberger Allgemeine

Autor: André Zuschlag [AZ]
Seite: 56
Ressort: Schwerpunkt
Seitentitel: schwerpunkt
Mediengattung: Tageszeitung
Weblink: <http://www.taz.de/!5749077/>

Jahrgang: 43
Nummer: 12459
Auflage: 44.967 (gedruckt) ¹ 49.170 (verkauft) ¹
49.861 (verbreitet) ¹
Reichweite: 0,321 (in Mio.) ²

¹ IVW 3/2020

² AGMA ma 2020 Tageszeitungen

Niedergang durch Erfolg

Die Protestforschung kann erklären, warum die Anti-Atom-Bewegung ausstirbt: Der gesellschaftliche Wandel, den sie anstrebte, ist erreicht

Von **André Zuschlag**

Weitermachen in der Anti-Atom-Bewegung wollen wohl alle, die ihr Leben lang schon gegen Atomkraft gekämpft haben. Und einige – jüngere – Mitstreiter:innen werden auch noch hinzukommen, besonders aus den Gebieten, die in den kommenden Jahren ins engere Blickfeld für den Endlagerstandort geraten.

Doch ist die Anti-Atom-Bewegung nicht längst im Niedergang begriffen? Spätestens durch das Aus von Gorleben im Zuge der angelaufenen neuen Endlagersuche? Hat sie nicht längst gesiegt, und sind die jüngeren Generationen nicht längst in anderen ökologischen Problemfeldern aktiv, die drängender und wichtiger scheinen?

Vieles, was die besonders in Deutschland intensiv betriebene sozialwissenschaftliche Protestforschung an Erkenntnissen erarbeitet hat, spricht dafür. Als im Herbst nach langer Zeit wieder ein Castortransport vom Nordseehafen Nordenham durch die Republik rollte, war

der Protest nicht nur coronabedingt kleiner als in früheren Jahren. Klar, die alten und etablierten Gruppen mobilisierten. Doch von jungen Öko-Gruppen wie Extinction Rebellion oder Fridays For Future gab es nur zaghafte Aufrufe. Für die Umweltbewegung der jüngeren Zeit ist Atomkraft höchstens ein StreiftHEMA.

Die Protestforschung und allen voran der Berliner Forscher **Dieter Rucht** benennen vier Merkmale, die soziale Bewegungen ausmachen. Sie sind, erstens, ein Netzwerk unterschiedlicher Gruppen aus vielen Orten und mit unterschiedlichen inhaltlichen Gewichtungen. Sie alle eint aber, zweitens, eine kollektive Identität, in diesem Fall: die Wahrnehmung, dass das staatliche Handeln gepaart mit Wirtschaftsinteressen Ursache des Übels Atomkraft ist. Drittens wählen Bewegungen als Protestform Aktionen im öffentlichen Raum. Und viertens wollen sie tiefgreifenden gesellschaftlichen Wandel – und nicht nur eine Änderung einzelner Gesetze.

Während die ersten drei Merkmale auf die Anti-Atom-Bewegung zumindest in weiten Teilen immer noch zutreffen, ist beim vierten Merkmal fraglich, was die Zukunft der Bewegung bringt. Denn: Der tiefgreifende gesellschaftliche Wandel – also die Abkehr von der Atomkraft, die nun anstehende endgültige Abschaltung der letzten Meiler und das Aus von Gorleben – ist erreicht. Die Bewegung hat gesiegt, sie hat sich durchgesetzt mit ihrer Vorstellung, wie Gesellschaft aussehen soll. Warum sollten Jüngere also noch in der Bewegung mitmachen?

Das mögen die Aktivist:innen anders sehen, für sie ist der Kampf noch nicht gewonnen. Sie werden sich bis an ihr Lebensende weiter engagieren und ihren riesigen Wissens- und Erfahrungsschatz gegen die kommenden Pläne bei der Endlagersuche kritisch einbringen. Doch ist das dann keine soziale Bewegung mehr, der es gelingt, die Massen für ihre Forderungen zu mobilisieren.

Wörter: 380
Urheberinformation: TAZ Verlags- und Vertriebs GmbH
Ort: Deutschland

Autor: REFLEXIONSZEIT
Seite: 045 bis 045
Rubrik: KOLUMNEN

Mediengattung: Zeitschrift/Magazin
Jahrgang: 2021
Nummer: 1

„Jeder kann ein Teil der Mobilitätswende sein“

Wir brauchen die Hochschulen für die ökologische Verkehrswende. Eine Publikation von netzwerk und dem Verkehrsclub Deutschland (VCD) zeigt, wie Hochschulen nachhaltige Mobilität konkret gestalten können

Mit dem Auto zur Uni fahren - für viele Studierende ist das heute selbstverständlich. Für viele Mitarbeitende war es das schon immer. Leider sehen die meisten Hochschulen auch so aus: Zugeparkte umliegende Straßen, mehrspurige Zugangsstraßen, schlechte Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr, isolierte Hügellage, jede Menge öffentlicher Raum um die Universitätsgebäude herum ist asphaltierte Parkplatzfläche. Ich habe den Großteil meines Studierendenlebens in Münster verbracht. Dort ist damals niemand mit dem Auto zur Uni gefahren, alle haben ihre Leezen benutzt (liebvolle Bezeichnung fürs Fahrrad). So war es ein kleiner Realitätsschock, als ich im Zuge meiner Arbeit immer mehr Hochschulen kennenlernte. Klar: Ich blicke in den Spiegel einer gesellschaftlichen Mobilität, die das Auto nach wie vor als Verkehrsmittel Nummer eins sieht. Der Verkehrssektor ist der einzige, in dem die CO₂-Emissionen weiter steigen. Nicht von ungefähr ist Mobilität ein zentrales Thema im Bereich der nachhaltigen Entwicklung und der Agenda 2030.

Das von Studierenden gegründete netzwerk und der Verkehrsclub Deutsch-

land (VCD) zeigen nun Good-Practice-Beispiele von Hochschulen, die sich auf den Weg in Richtung Verkehrswende gemacht haben. In der Broschüre „Nachhaltige Mobilität an Hochschulen“ sind 19 Projekte beschrieben, in denen nachhaltige Mobilität konkret umgesetzt wird. Die übrigens sehr schön gestaltete Broschüre beschreibt Lösungsansätze aus Deutschland, Österreich und der Schweiz. Darunter sind Projekte wie Duschen für Radfahrende, Carsharing-Projekte, die Umsetzung ökologischer Dienstreisen, der verkehrsberuhigte Campus der Leuphana Universität Lüneburg, das klimaneutrale Semesterticket der Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde oder der „Raumcast“, ein Podcast zum Thema öffentlicher Raum an der Technischen Universität Berlin. Diese Publikation zeigt: Jede Hochschule, egal ob klein oder groß, in der Stadt oder auf dem Land, auf dem Berg oder im Tal, kann ein Teil der Mobilitätswende sein. Und jede Hochschule kann helfen, die Mobilitätswende im Land insgesamt voranzubringen.

Damit wir als Gesellschaft die Kurve kriegen hin zu einer nachhaltigen Mobi-

lität, braucht es mehr Organisationen, die die Mobilitätswende konkret anpacken. Rund 700 000 Menschen arbeiten an Hochschulen in Deutschland. Knapp 2,9 Millionen Studierende sind derzeit eingeschrieben. All diese Menschen sind mobil und brauchen Mobilität. Ein ideales Experimentierfeld!

Prof. Dr. **Andreas Knie**, soziologischer Verkehrswissenschaftler, bringt es in seinem Beitrag in dem Heft auf den Punkt: Hochschulen können sich entscheiden, Stätten der Vergangenheit zu sein oder Mobilitätslabore der Zukunft. Für alle im Wissenschaftsmanagement, die ihre Hochschule nachhaltiger und nachhaltiger mobil machen wollen, ist diese Broschüre eine Goldgrube. Sie steht kostenfrei zum Download bereit: diy.vcd.org/mobilitaetanhochschulen

DR. UTE SYMANSKI gründete 2009 *Hochschulcoaching* und ist Beraterin und Coach mit 20 Jahren Erfahrung im Wissenschaftsmanagement. Sie arbeitet mit Führungspersönlichkeiten im Wissenschaftssystem. symanski@hochschulcoaching.de, www.hochschulcoaching.de

Wörter: 444

Ressort: Podcasts

Mediengattung: Online News

Weblink: <https://www.nytimes.com/2021/02/05/podcasts/ezra-klein-podcast-yuval-levin-transcript.html>

An Appalled Republican Considers the Future of the G.O.P. The Ezra Klein Show

Episode Transcript

Transcripts of our episodes are made available as soon as possible. They are not fully edited for grammar or spelling. Click [here](#) for the episode page and Ezra's thoughts on the interview. Click play below to listen to the episode.

[MUSIC PLAYING]

EZRA KLEIN: I'm Ezra Klein, and this is "The Ezra Klein Show."

[MUSIC PLAYING]

There's a book I've been thinking about a lot lately. It's by [Daniel Ziblatt](#), who's a Harvard political scientist, and it's called "Conservative Parties and the Birth of Democracy." And what he shows in that book is that democracies live or die based on how responsible their conservative parties are.

[MUSIC PLAYING]

In particular, the question is whether the center right quarantines the anti-democratic far right, in which case democracies tend to live and thrive, or it allies with them, in which case, the far right often takes over and democracies often fall. We are in that kind of moment right now.

There is a rising far right that has become explicitly, dangerously anti-democratic. It will not be stopped by the Democratic Party because it does not care what the Democratic Party thinks, and it does not rely on the Democratic Party's voters for its support. It will not be stopped by the mainstream media because it doesn't care what the media says about it. It will either be stopped by more sober members of the Republican Party, it be purged by them, as has happened before, or it will take over the Republican Party. And right now, right now it feels like it is taking over the Republican Party.

The most important division between the parties right now is not over deficit reduction or capital gains taxation or the proper role of government in the health care system. It is about whether they will protect America's political institutions or turn to tearing them down.

But parties don't act or evolve in vacu-

ums. They are shaped by institutions. They are shaped by their internal institutions and the broader systems in which they operate, and that's why I wanted to have Yuval Levin on the show today.

Yuval is the director of social, cultural, and constitutional studies at the American Enterprise Institute, as well as the author of a bunch of great books, but most recently, "A Time to Build," which I highly recommend. He's someone who's been trying to reform the Republican Party for a long time. He's served in the Bush administration. He's very influential with more traditionally conservative Republicans in Congress. And importantly, he thinks in institutions, not just candidates or messages.

And so that's what I wanted to talk to him about. What is the Republican Party? What has it become? And how can the institutions that are driving that evolution be made more responsible? How can the institutions that surround not just the Republican Party, but the Democratic Party, force them to be better, help them to be healthier, make sure politics is about what is done for real people, how people's lives are changed and not symbolic fights, not just who rules?

Yuval and I have been debating some of these questions for years now. And as you'll hear, there's quite a lot we disagree on, but these are the kinds of discussions that need to be had. Our current institutions, particularly our Republican institutions, are failing. We need better ones. We need them quickly.

As always, my email is ezrakleins-how@nytimes.com. Here's Yuval Levin. EZRA KLEIN: So how do you describe what the Republican Party is right now?

YUVAL LEVIN: Well, that's a beautiful, broad question. I mean, a party is always a coalition, and the Republican Party is more self-consciously a coalition than it used to be. Republicans, for most of my lifetime, were able to think of themselves as a party unified by a set of views - broadly conservative, kind of

Reaganite views.

But I think it has always been true that the party is actually more coalitional than that. That there is a conservative segment of its electorate, and there is a populist segment of its electorate. There's a more business-oriented and libertarian segment. And the differences between those have become much clearer over time and especially have become much clearer in the crucible of the last few years under Trump.

And I think the party emerges from Trumpism much more self-consciously coalitional and really facing the question, the struggle of how now to define itself, how to find voters and expand its electorate, how to keep its base engaged - really fundamental questions that the party has to take up really fundamentally. It's allowed itself, to much too great a degree, to become a cult of personality around Donald Trump.

And now Trump gets pulled out of the political arena, we hope - I hope, anyway. And the question for the party is, without that, what are we about? I think there's a conservative answer to that. There's going to be a populist answer to that. There's inevitably going to be a libertarian or business answer to that. And that's the next few years, but it's very much a party wrestling over its own identity.

EZRA KLEIN: You mentioned that there was a post-Reagan consensus for some time. And as somebody who covers domestic policy and politics primarily, I often think of the Reagan legacy in terms of tax cuts, in terms of deregulation, in terms of its domestic policy. But of course, Reagan was also defined by this fight against the Soviet Union. That ended.

Then a couple years after Reagan, you have George W. Bush and the war on terror, and that has not actually ended, given our deployments to different places. But I think, as a conceptual framework for the Republican Party, it has ended. Donald Trump runs, in many ways, against a lot of that Bush legacy.

How much of the split that is growing in the Republican Party actually reflects a party that used to be held together by external enemies? And here, I mean foreign enemies. And now it doesn't have that. To the extent it has anything like that, it is liberals domestically, but not that foreign threat that requires a kind of unity that the past presidents were able to lean on.

YUVAL LEVIN: Well, I think that's part of the story. I would broaden it a little to say that the threat of communism for more than half a century, and really from the beginnings of the modern conservative movement in the 1950s, say, the danger of communism organized Republican thinking about both foreign and domestic issues. Certainly, it unified the party around a fairly aggressive stance in the Cold War, especially after the Nixon years and into the Reagan years, where Republicans moved from a party of detente to a party of confrontation and rollback.

But the opposition to communism also organized the domestic coalition in a variety of ways. Opposing communism meant defending religious traditionalism. It meant opposing a kind of threat that was, at the very least, secularizing, if not atheistic. And so the party became a home for Christian conservatives over the decades, gradually, slowly. Opposing communism meant making the case for capitalism, and the party became the home of the case for capitalism, gradually, of market thinking, and not just about global economic affairs, but about domestic policy.

And so there were certainly a lot of ways in which understanding the American situation is fundamentally oriented by the challenge of communism. It gave a logic to the Republican coalition that helped it take shape. I think the Democratic party was much less organized around that question and much more organized around the character of American society itself, and the question of the Soviets was just never as central an organizing principle.

And so the party organized itself around a different set of issues and also was much more explicitly coalitional, the Democrats were. They understood themselves as representing different factions that negotiated with each other and tried to enable one another to achieve important things. The Republican Party was a little bit more of a worldview party by the Reagan era and after, certainly. And so it at least understood

itself as organized by these ideas, which certainly had their roots in Cold War thinking.

EZRA KLEIN: On the domestic side it, something I have often thought about the post-Civil-Rights-Act Republican Party is that it was a party that harnessed a lot of the energy in the politics of white resentment or white frustration with a changing society and a federal government that was, in many cases, helping those changes along. And it harnessed that energy for, strangely, tax cuts for rich people, corporate deregulation, that there was a way in which the party was very much one thing in the base and then a very much another at the elite level.

And you could always see this in polling. I mean, Paul Ryan was Speaker of the House, and you would see this polling that base Republicans wanted to raise taxes on rich people. They wanted a higher minimum wage. They wanted more spending on programs for the poor. How much of what we're seeing is that different structural changes in the parties, in the media ecosphere have allowed those things to be decoupled and so forces that, at one point, the party elite or structures were able to hold in check have just begun to predominate?

They're able to get their candidates in through primaries. They're able to get their message out through social media. And so what we're seeing now is what always was there, and it's that thin layer that was restraining it or rechanneling it is what has changed?

YUVAL LEVIN: Well, I think there certainly was a way in which the populism of white Southerners moved from the Democratic Party to the Republican Party in the course of the mid-20th century. And that certainly played a part in the transformation of our politics that created the kind of modern arrangement of our parties as we know them so that by the 1990s, it was natural to expect that Republicans would win elections in the South and lose elections in the Northwest and the Northeast and the parties were fighting for the Midwest.

American politics hasn't always been like that, but it's been like that for some time, as a result of that transformation. I think it's certainly not all that's going on, but what you point to is a process that happens in both parties, where there are populist energies, which have a lot to do with the base energy of the party.

There's also a kind of elite, more intellectual-minded consensus at the top that

tries to, as you say, harness this in constructive ways, that tries to use it to the good but also to contain some of what's dangerous about it. The Democratic Party, obviously, has had to struggle with itself in this way over and over in the course of the second half of the 20th century.

At times, it has been unable to contain that and has brought itself to the point of really dramatic electoral losses. Think about '72 or '84. These are times when the party was not able to contain the populist energies that emanated from its base.

The Republican Party has had the same challenge, and we're almost distracted by Reaganism. If you told a history of the Republican Party now, you'd probably put Reagan at its center and sort of think about that as a rise and fall. But I think Reagan is better understood as a kind of detour from a history that is otherwise a story of a constant struggle between populism and conservatism - populism, inherently, a kind of bottom-up, democratic force. Conservatism is almost inherently elite driven, or at least elite minded. And the party has seen itself as a fight between these two for a very long time.

Ronald Reagan was able to harness the energy of the Republican populist base in ways that I think were quite constructive and that were also a decent fit for what the more elite-minded conservative side of the party wanted to do. And so it was able to put this fight to the side for a little while, or at least to kind of take over its form, its shape.

That also had to do, I think, with the rise of supply-side economics, which actually began as a populist response to more elite-minded, libertarian kind of fiscal consciousness. It's a little hard to remember now, but it was very much that. And Reagan, in a lot of ways, was a populist figure. Henry Olsen, my former colleague, wrote a wonderful book about this a couple of years ago.

And so I think that the struggle that we see now, that we've seen in the Trump era, that we'll see in the post-Trump era, a struggle for the party's identity between populist forces and conservative forces is an old story. And almost all the arguments that are being had have, in some form, been had before. But the post-Reagan party imagined itself to be a little different than that and understood itself as more unified around a set of conservative principles than its electorate really was. I think that reality is

much more powerfully evident in the wake of the last few years and will define the direction of the party's struggle for its own identity.

EZRA KLEIN: So if you're mostly read into the story conservatism tell us about the Republican Party, who are some of the key figures in its populist lineage?

YUVAL LEVIN: Well, I think, from the very beginning, the conservative movement itself has consisted of both. For example, the struggle around McCarthyism early in the early days of modern conservatism in the 1950s really tells this story in a lot of ways, where there was a populist force that spoke to real concerns. Some of were the same concerns that more traditional conservatives had. Some of them weren't.

And the politics that arose out of the populist side of this became ugly politics fairly quickly and had to be kind of contained by the rest of the party. But the balance was where the party really existed so that this struggle between Nixon's side and, at first, the Goldwater side then the Reagan side has always been this fight between grassroots activism, which tended to be populist, and more of a Washington-centered, increasingly over the years, conservative, intellectual coalition.

And the kind of arguments that, say, Pat Buchanan made in the 1990s are very similar in tone and substance to the sorts of things that worked best for Donald Trump. I think Trump found that vein and found that he could direct it to his own benefit. And he spoke to a sense in the party that had long been there, a sense that really begins from the premise that the elites in our society are corrupt, that the elites in our society are failures.

This is the way Trump often spoke about them. It's the way populists generally speak about them. But more generally, a kind of frustration with the way that our institutions function and are led, and that points you to a political outlook that comes to be defined by frustration, a sense that people with power, people with privilege in American life routinely abuse that power for their own gain and advantage. They lie to the public. They look down on everybody else's way of life.

And this is populism. There's a kind of left-wing populism. There's a kind of right-wing populism. It's always been an intensely powerful force in American political life.

EZRA KLEIN: This is an important

space, I think. I think of you as an institutional thinker, and so I'd like to talk about this from the perspective of Republican Party institutions. And I don't just mean here the party structure itself and its primary rolls, but also mean allied media publications and ecosystems and interest groups. And there used to be this idea that Democrats fall in love and Republicans fall in line.

And the idea was that it was a Democratic Party that was chaotic, that was unpredictable in who it would nominate, that was unpredictable in whether or not it would listen to its own governing or organizing institutions. It didn't have coherence because there's all these different groups coming together.

And now, Democrats have become - not without exception, but in general - a much more predictable party. They tend to nominate the next in line - Joe Biden, and before Joe Biden, Hillary Clinton. And its Republicans where this anti-institutional force has, it seems to me, overwhelmed the institutions.

When I look at the difference between the two parties, it is not that the Democratic coalition and the liberal base does not have conspiracy-minded people in it or people who take a very black-and-white view of the world. But the institutions are still quite moderating. The Democratic Party has some influence over its primaries, as we saw in the Democratic primary, when there was that rush of endorsements that ended up pushing Joe Biden over the edge. It's media ecosystems are intermixed with mainstream media that has incentives that are different than the Democratic Party, and so that ends up being somewhat restraining.

It seems to be Republican institutions have been taken over and have actually lost a lot of battles. And I'd be curious if, one, do you think that's true? And two, then why it is the Republican institutions are proving weaker?

YUVAL LEVIN: Yeah, I do think that's true, and I'm sure it's a more complicated story than I can see and could get into. But I would say one important force that's played a role here, and you pointed to it, too, is the increasing capture of our core mainstream institutions by the left. The core institutions of American media, the Academy, culture are just explicitly and abjectly left-leaning institutions.

That has meant that to resist the left is to resist these core institutions. And that, I think, has encouraged the kind of anti-

institutional mindset that, in some ways, is always there. Populism is always anti-institutional, and there's always been a populist element of the right. But the American right, at its origins, was in the business of defending the institutions. Sometimes that meant defending the institutions from the people running them, which there's a certain irony to it, but it also made a certain amount of sense.

Think about William F. Buckley's first book. He was just out of Yale, and he wrote a book called "God and Man at Yale," which is basically an argument for saving the great universities from the professors. I think that when conservatives think about universities now, they're more inclined to say, to hell with them, and to think that there is no saving these institutions. We have to attack these institutions.

Not everybody thinks this way, and there are people who try to resist these lines of thinking. I do, and I'm not alone. But I think that on the whole, the culture of the right has become much more hostile to the establishment. I think the right is overrepresented in American politics. It's underrepresented everywhere else in the institutions. But our attitude toward politics has also become anti-institutional.

Even people who get elected to high office on the right tend to be sort of inherently anti-institutional in the way they approach their voters, and I think it's a problem. Look, I don't think conservatism can do its job in a free society in opposition to the institutions of that society. I think it can only function in defense of them. And a conservatism that becomes anti-institutional looks like a mob attacking the Capitol, which I don't think is where anybody wants to end up.

EZRA KLEIN: I mean, some people do.

YUVAL LEVIN: Evidently.

EZRA KLEIN: But let me go back to a couple of things in there because there's a bunch of interesting stuff in that answer, and I want to stay here on institutions for a minute. I want to express sympathy for the idea that there are a lot of key institutions that very much lean left in their personnel. I think that's true for the media. I think that is true for academia, without doubt. I could completely understand conservatives saying that they need their own counterparts that are based in places that are more conservative because where people are matters,

that are filled with people who are more conservative, but that do the same kind of thing.

So you're at the American Enterprise Institute. The American Enterprise Institute is, in some ways, a reaction to a sense that Brookings is a left-leaning institution, and it's, I would call it, the center left. And AEI, in my view, is a really good conservative institution. I don't agree with everybody there. Some people I really disagree with. But it functions the way I would understand that kind of operation to function, which is it does the same kind of work as Brookings, but it is staffed by more conservative people.

That has not happened in a lot of other places where Republicans have tried to build alternatives. I'll take the media, which I know very well, as an example here. Some years ago, Tucker Carlson mounts the stage at CPAC and says, conservatives need their own New York Times. They need a place that goes out and does that reporting and is not completely bought into the movement's incentives.

And if they think The New York Times is more liberal, they need to create something that is like it but conservative. And he goes on to create The Daily Caller, which I would say is not at all that kind of operation, and then he becomes, I think, a pretty scary form of right-wing nationalism now on Fox News prime time.

I'd say there are similar things in the movement against liberal academia. I could understand constructing alternative institutions. But in the effort to construct them, they seem to have created things that are very, very movement oriented and have very little defense against the movement's incentives, whereas a lot of these institutions that do lean liberal, in terms of the personnel, they also have contrasting and crosscutting incentives. They don't want to be seen as too closely allied with the Democratic Party. They want to be understood as independent. They sometimes bend over backwards to criticize Democrats to show they're independent. So why do you think there's been that different institutional construction path?

YUVAL LEVIN: Well, I think there's this strange and amorphous thing in a free society called the mainstream culture. And the mainstream culture is that part of the culture that doesn't take itself to be explicitly on one side or another but that it's just the arena in which a lot

of our arguments happen and a lot of our public life happens.

And I think what we've found in the last more than half century is certainly a transformation of a lot of mainstream institutions in the direction of the left. Now, that's happened in the culture, in Hollywood, music. I think you could certainly see that happening in mainstream journalism, where a lot of the core mainstream institutions are just more expressly on the left than they used to be.

And creating alternatives to these is quite a challenge. There's certainly a lively think-tank culture on the right in Washington, but it's a tiny culture. I mean, the think-tank culture, in general, is quite small. And the right has always had some presence in that culture because, in some ways, think tanks have always been more on the right or more on the left. And AEI is not a new institution in response to the contemporary changes in political culture. It was created in the 1930s.

And so it has been very hard to actually create alternative institutions at the core. To start a new elite university is not a simple matter. It's not unimaginable. There are people who have thought about it.

There's also a time to look to, a period of institution-building at the end of the 19th century, early 20th century in America, where actually, people started universities because they were unhappy with Harvard and Yale. And those universities, fairly quickly, became elite universities. Johns Hopkins, University of Chicago, Stanford, Duke all came around in that era and for those reasons. But it wouldn't be an easy thing to start a research university where you would actually want your own kids to go. It's just very hard to do.

And so I think conservatives have found that rather than create alternative institutions, they've created kind of critical institutions. They've created institutions that exist to attack the left's institutions. And there's an audience for that, but that's not really mainstream work. That's not a place to just get your news when you just want news.

And so I think the effort to create genuinely alternative institutions generally hasn't worked. Now, I say that with some bias because I don't think that's the right approach. I think the right should want to have a presence in mainstream institutions, that it is more important that there be a diversity of views at Prin-

ceton than that there be an alternative university, which ultimately would fight with Princeton for elite students. I think it's just both more practical and more important that the institutions of elite formation have greater diversity to them. But whether you think that's the right goal or not, I think the effort to really create alternative institutions has not turned out to be easy or achievable for the moment.

EZRA KLEIN: I like that distinction between critical and alternative institutions. I think that leads to this question of underrepresentation and where it comes from. So you were saying that there is a certain amount of reaction, as the right feels more of these institutions are captured by the left.

And as somebody more on the left, one of the things that seems clear to me is that part of what is happening is that the right is losing some of these institutions as it becomes more right. If the past four years had been Mitt Romney's second term, I think there is a lot of corporate America that would have been very happy to be allied with Mitt Romney. It was Donald Trump they didn't like and who pushed them to make decisions and make statements and draw lines that they wouldn't otherwise have wanted to draw.

I actually see this in the media, too. I don't there's any doubt that the media became more explicitly oppositional to the Donald-Trump-led Republican Party. But the Donald-Trump-led Republican Party, and specifically Donald Trump, pushed a lot of media organizations to places they did not want to go and were very uncomfortable going. I remember all of the debates among newspapers about when do you call something that the president keeps saying and is false a lie. When do you call something that is racist, racist? Because people didn't want to do that, but there was a real heightening of the contradictions.

So it seems to me, there is some relationship here, some feedback loop between what is happening in the Republican Party, who is leading it, what it is espousing and then what is happening to it in its representation in these institutions. It actually seems to me that a lot of institutions would like to be sort of in the center or not that partisan or even, in some cases, particularly in business, center right have been pushed off of ground they would prefer to be holding and, at the same time, that push has

made members of the right feel much more embattled and alone in the American social and power ecosystems.

YUVAL LEVIN: Well, I think that's certainly true in part, but there's been another force, which I think has been a stronger force in driving these changes, which has come more from the left than from the right, it seems to me, which is a rising generation of employees in white-collar America, certainly in the media and cultural institutions, but also in corporate America, that I think, in some ways, because of the culture of the university, enter the world of work expecting their workplace to stand for what they stand for and expecting a company that's not in the business of anything political to express political views, to stand for a kind of political identity when things happen in the country that speaks to their core concerns. Often, these are well-motivated concerns about race, about justice, about other things. Sometimes, they're more radical social views.

But whatever they are, you find young workers pressing companies to become more political and to do so on the left. And I think these CEOs, which I'm sure some of them would love to identify with Mitt Romney, I think most of them would love to just not be in the business of politics. Michael Jordan's old line that got him in so much trouble, that he doesn't talk about politics because Republicans buy sneakers, too, that's the logic of a lot of corporate America at the end of the day. And they just don't want to be in these fights.

But increasingly, the logic looks a little different to them. Some of their customers want them to be in the fight and to have something to say, whether it's about Black Lives Matter or whether it's about the big issue of the day. And a lot of the workers want them to.

[MUSIC PLAYING]

EZRA KLEIN: The dividing line, the litmus test that helps people to see if they are on the right or the left seems to be changing. When I came to Washington now probably 17 years ago, because I've become an old man, or 15 years ago, how you felt about Grover Norquist's tax pledge really told you whether or not you were a Republican or a Democrat. You really could tell everybody almost based on that. Economic issues were the locus of party competition, and social issues and views were much more mixed in between the parties.

And that seems to me to have changed, not that literally Republicans are voting for a bunch of tax increases in Congress. They're not. But in terms of where the energy in the party is, in terms of where the energy between the party is, it seems to me, it's moved much more towards the issues of civil rights, of demographic change, of LGBTQ rights, of gender issues, of what people broadly categorize as social issues. And I do think that has changed some of the elite lining up.

I would say that a lot of corporate America is still quite fiscally conservative, so to speak. There's not a lot of great statements in support of Medicare For All or some other kind of single-payer health care or cutting the child poverty rate by half, all kinds of things that I think of as very, very, very important questions within our political sphere. But there is a lot of solidarity around issues of race and policing, around immigration, around gender and LGBTQ rights.

And a lot of it is hollow, particularly from corporations. But that is a place where corporations are more willing to take a stand. And as that has become more the dividing line in our politics, I think that has pushed more of this realignment. I'm curious if that seems right to you.

YUVAL LEVIN: Yeah, absolutely. I think it gets at a very interesting point and a very important point in this moment, when we have a new administration that, it seems to me, wants to make some cross-partisan deals. Because the point you make really can help us see where those deals are to be had, which is not quite where they would have been had 15 years ago, as you say.

My first job in Washington, now more than 20 years ago, an even older man, was for a Republican member of Congress named Bob Franks, who was really a wonderful member and a great mentor. He was a pro-choice Republican. He was, in every other way, and absolutely mainstream Republican. He was in the leadership some of his career. He was on the Budget Committee. But he didn't agree with most other Republicans in the House about abortion.

That kind of Republican today would have a much harder time being as central as Franks was in the Republican Party in that time. And I think it's even more the case on the Democratic side that a pro-life Democrat, of which there were many in that time when I started

working in the House, would have a very hard time now functioning in the party.

EZRA KLEIN: Including Joe Biden at that time.

YUVAL LEVIN: That's right, and Joe Biden was - maybe not by then, but certainly in the '80s, into the '90s. I'd put it this way. I think it is now the case that each party is divided internally over economic questions. Even the core question of the role of government, which I think would have been the essential dividing question between the Republicans and Democrats 20 years ago, is now a question that divides Republicans, where there is a rising group, which have been identified kind of as populists in recent years and in some ways that's right, who have a much greater openness to aggressive government action for certain purposes, who are much more open to government spending than Republicans have tended to be.

In some ways, Donald Trump was one of these people, but I think they mostly attached this to him. But if you think about where Marco Rubio is now or Josh Hawley has been, they are very much at odds with traditional Republican views about spending and taxes and the role of government. And a fair amount of the energy among younger people on the right is on their side, on the side of these more populist conservatives.

And in some ways, the same is true in the left, where there are traditional neoliberal Democrats. Maybe nobody would call themselves that anymore but people with a traditional, kind of Clinton-era sense of what government should be about. And then there are people who are willing to call themselves socialists, even, in some cases, but in any case, who have much greater ambitions for what public policy should be doing and what government should do.

And both parties have some divisions along these lines. And in fact, those socialist Democrats probably agree with Josh Hawley about more than they would imagine. But the parties are very divided on social issues. And not only the traditional ones - abortion and so on - but they've broadened the definition of social issues so that immigration is now almost entirely a social issue and questions of culture and the rest of it are really what divides the parties now. There's much more room for compromise on economics and much less on social

issues than there used to be.

EZRA KLEIN: I really wonder if that room for compromise is actually there, and I mean that in this way. I can really track the divisions on the Democratic side around policy. I can really tell you which part of the party is supporting Medicare For All and which part isn't, and it's a real difference. It's going to lead them to do different things and in different ways. And the Republican Party, my background and my present, I guess, is as a policy reporter. You and I used to have lunch and argue about Medicare For All for long periods of time. I often feel, particularly through the Trump era, that when I'm trying to track Republican Party policy divides, I'm tracking something that both is there and isn't.

It is there rhetorically, and people will talk in different ways. You'll have a Josh Hawley or a Tom Cotton or a Marco Rubio or Tucker Carlson give pretty interesting speeches - and a Donald Trump, in his own way, in 2016. And then when it comes time to govern, there's a lot less there, that the policy is much more symbolic than it is anything else and that trying to follow the Republican Party this way and trying to then assess what they might compromise on or not just doesn't end up working out because that's not the beating heart of it.

YUVAL LEVIN: I think it's certainly been a function of the Trump era that this has happened. The Trump era has been incredibly devoid of policy substance. And that's partly a function of the president himself having had no interest in it, and the party becoming so tied around the axle of his personality that it's become just impossible to have policy conversations.

You have people who just don't want to get on the wrong side of Trump. So where does that mean you ought to be on health care? I don't think any of them really knew, and they just didn't want to touch it. And it's absolutely right that there just hasn't been a lot of interest in conservative policy work.

Look, I work, as you say, at a conservative think tank. The work we do is public policy work. I was brought on at AEI in 2019. I'd been at another think tank before that for about a dozen years. But I was brought on, really, in part to start a project that would make the health of American institutions, you might say the infrastructure of our political life, an explicit subject of inquiry of think tank work. Because we had a

sense that the other work we all do, which is public policy work, just can't matter on the right until we do a better job of understanding what's gone wrong at the infrastructural level - political culture, the condition of Congress, the electoral system, these kinds of questions that seem like they are deeper than public policy and where there are just profound problems - some of them on the right, some of them in general - that make it difficult for us to have traditional policy debates.

But I also think that if you stand aside from Trump for a minute, some of the differences that have emerged, really, in the last 10 years, but that have emerged with even greater force in the Trump era, do manifest themselves in some ways in policy differences and in a different level of willingness to engage in public action.

Think about the \$2,000 check debate, a small thing in some ways. But the pressure for more direct help to individuals came, in a lot of ways, from the Josh Hawley types on the right. The Democrats were for it. Ultimately, even Donald Trump was for it. But the argument for it on the right, the actual substantive argument, came exactly from that camp that inclines to think that, as George W. Bush once said and was endlessly attacked for saying, when people hurt, government's got to move.

That's not the traditional conservative way of thinking. I, myself, was very uncomfortable with that statement when he said it - I worked for him at the time - and would be still. But that is something like the view of a certain kind of more populist-inclined Republican politician. And it's hard to know, but I think that if the Biden era is more policy inclined - look, it's going to be more policy inclined - but if it is really an era of policy debates, where there are actual arguments and bargaining and negotiation, I think you will see these differences emerge with much greater force, differences among Republicans, on the role of government.

EZRA KLEIN: But is that truly possible? And here's why I ask. Take a Josh Hawley because he's come up a couple of times in this conversation. Not my favorite politician in recent weeks, in particular. But here's a guy who what he is trying to do is create simultaneously a more policy populist profile than Donald Trump really did, take some of Trump's rhetoric and make it into to actual ideas, and at the same time, be as

much or even more of a fighter against liberalism, against the establishment, against the forces arrayed against the right than Trump even was, in part because I think he's not able to be as naturally celebrity-oriented and outrageous, so he's got to do much better at getting into direct fights with people.

And Josh Hawley cannot come together with a Biden administration over \$1,400 checks, or whatever it might be, because to do so would be to violate the other side of his politics. If you're going to combine this kind of populism with this kind of anti-establishment, and particularly anti-liberal, anti-left, anti-Democratic-Party approach, where they're real villains who maybe even just stole the election, there's no room for compromise there.

You have already ruled that kind of positive-sum negotiating out because to compromise with the Biden administration is such a breach of another part of your politics. It doesn't really matter what they think about checks or coronavirus relief or that the government should move when people hurt. You can't get over that first hump.

So it may be interesting if he were in power. But as long as he is not in power, there just isn't much actual room for negotiation, whereas the people who might be more into the room for negotiation are folks like Romney and Collins and others who actually haven't moved that far on the underlying economics.

YUVAL LEVIN: Yeah, I think, of course, there's a lot of truth to that. And I would say Hawley is his own separate example because of his behavior in the last month, which I have had a lot to say about it and I think has been horrible and indefensible. In some ways, Hawley has been a populist longer than a lot of the people who discovered populism in the Trump era. You can find Hawley writing, even in "National Affairs" 10 years ago, in ways that suggested a different attitude about the role of government, about public policy.

What you also find in Hawley is something that's very important to understand about populist politics, I think, which is that there's a distinction made by political scientists between a politics of who rules and a politics of the direction of policy. Both of these are part of the political life of any democracy. People care about who's in power. Do they look like me? Do they speak for me? That's very important.

And people care about, what is the government doing, and do I agree with it? Populist politics often will incline to be a politics of who rules, of we should be in charge and they have too much power. And we and the they can be defined in various ways, some of them uglier than others, more dangerous and sinister than others.

I think there is an inherent tendency in a populist political culture to think in terms of who rules. And that language of who rules, of the great middle of the country exercising the power it's entitled to, is very much a part of the language of the populist tradition in America.

But of course, there's a politics of who rules on the left, too. It takes the form of a certain kind of identity politics, of counting minorities and women and the first this and the first that. And these things matter to people. They're important. I don't mean to degrade it. But I think that the question for us in the coming years is whether we can move a little more in the direction of a politics of what does government do and less of a politics of who rules on both the left and the right. I think the health of both parties depends on that being possible.

EZRA KLEIN: What a wonderful segue to something I wanted to speak to you about. So I wrote a piece, it came out in Sunday Review a week or two ago now, that is all about this question of how do you reorient politics around a politics, as you put it, of what we do. And my argument, and this was framed in the structure of advice to the Democratic Party, was that they need to get rid of the filibuster, which makes it so they can't pass really any of their agenda through the Senate, or very little of it, anyway, and just begin legislating. Do things that help people fast. Try to put things out where people can see what you did and judge you based on what you did.

My underlying argument here being that the filibuster plus the weird structural imbalances in our electoral system plus the system's other veto points, divided government, checks and balances, which are all supposed to be there and will continue to be there, it's created such a slow-moving form of government that symbolic politics can take over, quite often, because so little legislation happens outside the context of true emergencies, like right after, say, coronavirus hits or the financial crisis in 2008 and 2009. What do you think of

that argument?

YUVAL LEVIN: I think that our politics has never really been intended to function as a pure majoritarian politics. One of the most important insights that are built into the constitutional system are that a functional republic, to be stable, has to not only enable enduring majorities to have their way, but also protect durable minorities, large ones. And that means that there are all kinds of structures in the system that compel accommodation, that require differing factions to work together, if they're going to achieve anything. And I think those are enormously important.

I think a politics where a narrow majority - and the Democrats have narrow majorities in both houses now, in the Senate, barely even that - where a narrow majority could just advance its agenda and then see what the public says at the next election is not a good idea for American society in this moment. I think we are much better served by a politics that compels some work across party lines in order to get anywhere.

And Congress has always been designed that way. Congress was not intended to be like the European parliament, where the majority rules for as long as the public will let it. It is a place where the country works out its differences. The weakening of Congress over decades now has, not by coincidence, brought with it a weakening of our capacity to work out differences in our politics. And I think a strengthening of Congress is required for a strengthening of that capacity, but that requires these supermajority institutions.

So I would create a filibuster in the House before I would get rid of the one in the Senate, and it's not because my party's not in power right now. I had this view and made this argument when Republicans were in power and even pretty comfortably had majorities in both houses. I think it is very important that our system requires some cross-partisan accommodation, frustrating as it is for those of us who have policy ambitions. I think that the contribution of that to the health of our political culture is absolutely essential, especially now.

EZRA KLEIN: Well, I never get to argue with anybody who wants to create a House filibuster. This is going to be wonderful. It makes my skin crawl. It's great. So let me push on that, a couple of things. One, we would not be a pure majoritarian political structure no mat-

ter what you did with the filibuster.

We have more veto-generating political institutions than any other advanced democracy, and it's not even all that close. We have the Supreme Court. We have divided government, oftentimes, across the different branches. We have power distributed across the different branches.

We have a system that was designed to be hard to do things in before the filibuster was ever a gleam in anybody's eye. As you know, of course, it was not a founding father idea, the filibuster, and they did not want a supermajority requirement in Congress. They thought about that and rejected it. So that's one thing. I always want to push that majoritarian thing to the side. And of course, we still have a Bill of Rights and all kinds of protections for individuals and minorities.

That said, I think that one way of framing what you're saying here as a model is that a system in which you require more accommodation to get things done is going to be a system that encourages accommodation, compromise, understanding between the parties. And what I would say in response is, well, look around.

We have more filibusters than ever and more polarized politics than ever. We have more filibusters than ever and less compromise than ever, more party-line votes than ever. We have more filibusters than ever and more moments of divided government. As Francis Lee has noted, this has actually been the most competitive era in American government ever, and we have less cooperation than ever. The parties are bitterly divided.

And I think that my argument, which really traces back to something you were saying, is that politics is healthier when it is about what we do. Because then at least electorates can say, well, we elected the Republicans, and they did this tax bill or they got rid of Obamacare, which they promised to do, but I didn't like that because my sister had health insurance through Obamacare, and I didn't realize she was going to have health insurance anymore. So I'm going to vote for the Democrats. Or you can elect the Democrats, and they pass a Green New Deal or Medicare For All or whatever it might be, and maybe you like that or maybe you don't.

But what we're in now, we're actually just endlessly caught in the bickering phase. We are caught in unpleasant,

angry political negotiations that mostly don't go anywhere. And so politics becomes less about what we do than, as you put it, who rules. I feel like if your view on this was right, politics would look better right now, and these various blockages we have would encourage compromise. But instead, the more blockage we have, the less compromise we seem to get.

YUVAL LEVIN: Well, I think the cause and effect doesn't necessarily work in that direction. We're certainly in a very divided time. And we are in, as you say, a hyper-competitive political environment in a sense that control of Congress and the presidency is up for grabs in just about every election now in a way that we may have become used to over the last 30 years, but is actually pretty unusual over the range of American history.

And the question is, is that going to get resolved by empowering small minorities to exercise more power, or is that going to get resolved by requiring more work across these party lines? I don't think either of those would look clean and easy and fun. I don't think we get rid of heated political debates either way.

The question is, what gives us a chance to arrive at a more legitimate and a more sustainable set of political arrangements. And I think that requiring a party that has just barely a majority in the Senate to get a small portion of the other members to agree with something significant it wants to do is a good idea, if you're trying to advance public policy that's going to have a relatively broad range of public support.

Now, I do think the filibuster is overused, and there are probably ways to constrain its use by making it a little harder to use. But even if you do that" and I support those moves, there are all kinds of ideas on that front" on the big issues, the ones that really matter to us, there are still going to be filibusters. There's no way around that.

And I think a lot of the reason why there are so many more filibusters now is also the increasing centralization of control of the Senate schedule, where the party leaders arrange things such that most votes that make it to the floor are clean and convenient kinds of party votes, where their members all know how to go. Otherwise, they wouldn't have gotten to the floor.

That, in itself, ought to change, and I think there are ways to empower com-

mittee leaders to control some floor time to put some very uncomfortable votes on the floor for the minority party, whoever that happens to be. And a fair number of its members might feel like they need to vote for that bill because they believe in it or their voters want to see them support it. Senators now almost never have to take those kinds of votes.

And so we're in a place where, in some ways, the cause and effect of the filibuster and inaction are hard to pull apart. But I think, ultimately, it is a good thing for a very narrow majority to have to get some support from the minority for its big ideas, if those are going to endure.

EZRA KLEIN: One thing that really drives a lot of my thinking about how politics should work is that there is a question of how the public is supposed to hold leaders accountable and then how politics is supposed to change over time, right? How do people change their views? Why would you maybe move from one party to the other? What would make politics fluid, such it would have accountability?

And you've read my book on this, "Why We're Polarized," and you know I think that we're pretty locked in place for a bunch of different reasons. So in many ways, I'm, I think, quite on the pessimistic side of this argument.

But when you talk about the narrow majorities, one thing that, I think, keeps those narrow majorities in place is that there is very little reason, over time, to change your opinion, unless you are a political junkie, right? So if you're reading everything and you're checking in on everything Marco Rubio and Josh Hawley and Elizabeth Warren and so on are doing, then you've got a lot of information about what people on different sides think, and you can see where you fall.

But most people aren't like that. Most people are pretty disengaged. Politics is unpleasant. People don't like conflict. They've got other stuff going on in their lives. It is not a crazy thing to not want to be following every twist and turn of Congress.

And so there, I think what has traditionally happened in this country, the way narrow majorities sometimes became durable majorities, the way that a consensus changed was that big policies were passed, and those big policies changed the landscape. The Democratic majority in the 20th century comes out of the New Deal. The Republican major-

ity before that comes out of the Civil War, so that's an ugly example that I prefer we don't have to go back to bloodshed. But I think it is healthy for there to be actually a fair amount of policy churn and then people can decide where they want to stand.

And in part, I take your point actually quite seriously, that there is a concern about narrow majorities creating legislation that is profound and far reaching. But at the same time, if they create legislation people don't like, they won't be a majority anymore, and they'll hopefully learn their lesson. Or if they create legislation people love, maybe they do become a durable majority.

But at some point, there has to be, it seems to me, more of a feedback loop, in which the public gets something akin to what they ask for and then they can hold leaders accountable for that. As opposed to the public repeatedly doesn't get what they ask for, it's not clear who to hold accountable for that, and so then you're just in this miasma of which side seems to allied with you in some spiritual, fundamental, identitarian way.

YUVAL LEVIN: Well, I agree with that, but I think the question of what the public is asking for is a more complicated question than that would suggest. So that ultimately, the fact of our division, the fact of our roughly 50-50 country on most election days - not always - is, in some ways, the beginning here. And you're suggesting the parties could change that fact by virtue of what they get through Congress. And I think the question of whether that's quite right is related to the question of how we think about durable minorities and how we think about durable majorities.

We are in a time, and we have been for now three decades, where there's not a dominant majority party. Generally speaking, in our history, there has been a dominant party, and the other party basically functions by pushing off it in one way or another, by being against this or for that, in relation to what the majority is doing.

We've been living, since the 1990s, in a period where we have two minority parties, and each of them wins elections by getting the public just a little bit more frustrated with the other. And it's just a little bit, and it's generally in a negative way. Most people who win elections now win by not being the other person.

And I don't think that the argument that therefore, we should eliminate the protections for large minorities in the rules

of the Senate and allow these temporary majorities to make big changes in how we govern ourselves, it doesn't seem to me like the right way to respond to this moment of intense division. I do think that we can think about other changes in the institution, in Congress. It seems to me that, as I said, there needs to be less centralization so that more questions are on the table. I think there's room for electoral reform, for ways of expanding the electorate, and that would help both parties in ways that I think are not entirely clear right now to both parties' politicians.

The 2020 elections has a lot of lessons on that front. It turned out, there were 10 million more Republican voters than the Republican Party thought there were, and it was only mail-in voting that brought them out. I think there are ways of bringing more people into the system that could allow us to break the logjam, in some respects. But to focus on the fact of minority protections on the limits on majoritarianism as the key that holds us back from having a clearer set of political divisions or a dominant political majority or a clear direction for the country, I don't think that's really how the causation flows here.

EZRA KLEIN: In terms of expanding the electorate, would you support something like HR1, the For The People Act, which Democrats want to bring as the first bill in the new Congress?

YUVAL LEVIN: Well, there are elements to that bill that I would support, and there are elements that I would not. There's a lot of things dumped in there, some of which are just ways of helping Democrats, but others are, I think, ways of broadening the electorate. I would support much more experimentation with things like rank-choice voting. I think the House should allow multi-member districts, which could be done just by a small change in federal law, ways of allowing the diversity of the country to be reflected a little more, especially in the House of Representatives.

I think there is room for experimentation within the boundaries of the constitutional system that reaches much further than we've allowed for, and in general, that we should think of this moment as a time to try some institutional reforms, to expand the House some, which is way overdue and could help in a lot of ways, including by rebalancing the electoral college and other things, to try some reforms to the budget process

in Congress that could help break some logjams, and to try some electoral reforms. The coming decade ought to be a decade when we try a lot of these kinds of ideas out and get ourselves into a mode where we think about changing rules to improve things. I just don't happen to think that the protections against majoritarianism are the right rules to play with.

EZRA KLEIN: I'll try this one last time, although I know I'm not going to fully convince you on this. But I agree with you that we need a lot of experimentation, but it seems that we are locked in a system that cannot experiment. Whether you liked all of HR1 or not, and I can understand why you might not, the truth is, with the filibuster, none of it's going to pass because you can't put it in budget reconciliation.

And one thing that I think is a really, really big problem in the system, we talked earlier about how a lot of the energy in politics has moved off of straightforward economics issues to things that get grouped into social issues, I would also say to things that should be understood as democracy issues, practically on the Democratic side, a lot of energy around voting rights issues.

As you know, but I'll say for those in the audience who don't, the filibuster imposes a 60-vote requirement on almost everything, but there is a pathway called budget reconciliation, which can only be used a couple of times during a presidency and has a lot of very weird strictures on it. But one of them is you can get some things in there and protect it from the filibuster, as long as it is primarily related to spending and taxing, as long as it is primarily budgetary. And one problem with that is that it pushes Congresses towards just doing these weird budget reconciliation bills because they can get them done, even with a narrow majority, and away from trying to figure out how to actually do things about these other issues that people really want to see change and experimentation on.

So I always think that social conservatives should be much more upset about the filibuster than they are because their issues are consistently down-weighted because they can't clear a filibuster from Democrats in the Senate. And so instead, it's like the Club For Growth side of the party that gets tried out because at least I can go through budget reconciliation. On the Democratic side, you could potentially do things like

\$1,400 checks, a big expansion of the child tax credits - all really, really important - but you can't do democracy reform. There's a lot of things on green energy you can't do.

And so there is also this warping away from experimentation but also away from whole issue areas that probably, at this point, really, really need to be pushed out of the realm of symbolic argumentation and into the realm of, well, do you actually have an idea, Josh Hawley and the Republican Party, about how you want to regulate tech companies? Do you actually want to get rid of Section 230? Do you want to do any of these things? Do you want to change something about moral regulations in this country?

But you don't actually get there because so long as the filibuster is in place, you're never really playing with live ammunition. You're just talking on Twitter, as opposed to actually trying to figure out, OK, how does this become a bill? And if it became a bill that passed, would people actually like it in practice, which I think is a usefully disciplining system.

YUVAL LEVIN: Well, I think the filibuster can be disciplining in a different way. I don't think it's true that nothing in HR1 couldn't get through the filibuster. It's certainly true that HR1 couldn't get through the filibuster, and what that calls for is some negotiation, is breaking it apart into pieces. I think you'd see the same thing about the immigration reform that the Biden team seems ready to propose.

These things, if they were broken down into smaller pieces that could be negotiated as legislation in a more traditional way, some of them could get through. Whether they could get time on the floor, I don't know. That's a separate problem.

But I don't think it's the case that the argument for social change has to be that these ideas that only the narrow majority party can get through and you can't even get one in five members of the other party to agree to them have to be pushed through for there to be any movement on any issue, I think that suggests to us something about how we're thinking about packaging these issues and how we're thinking about putting debates on the floor. I do expect the Democrats to expand the bounds of the reconciliation process. I think they will do that, even if they don't get rid of the filibuster, which they probably won't.

And so to push a little more through that path, and social conservatives do hate the filibuster, generally speaking. At least when the Republicans are in power, you certainly hear a lot of criticism of the filibuster. I think they're wrong. I think they're wrong because, ultimately, we're all likely, sooner or later, especially in an era where power shifts back and forth, to find ourselves in that large minority facing that narrow majority.

And I think it is important that narrow majorities can't make big changes in how our government does what it does. That's not a reason for us being unable to make any changes in how our system works. I think that is the result of a different problem, of a sense that we are passive in the face of the structure of the system.

I talk to a lot of members of Congress. For my sins, I spent a lot of time with congressional Republicans. And I would say, they all have complaints about how Congress works. They all even have complaints about how the budget process works.

When you say to them, well, you could just change it, it's up to you, that feels like news. And it's not the way they've ever really thought about the role they have. I think changing that and helping people see that the structure, the rules of the system - within the bounds of the Constitution, which are pretty broad bounds, in most respects - that system can be changed, and we should think about how it should be changed. And we should think about how it could better serve us in a time when we are divided, in a time when power does shift back and forth.

There are a lot of ways that Congress could work better. There are a lot of ways to think about how to change the electoral system and other things. And I don't think that requires empowering narrow minorities to get their way and then after the next election, the next narrow minority reverses what they've done. I think we want more durable policy change, and I do think it's achievable.

[MUSIC PLAYING]

EZRA KLEIN: I think there's a question that gets asked a lot today, which is, where does the Republican Party go from here? And I don't want to ask that specific question. I think it is an axiomatically important, that America needs a responsible right-wing party. It needs a party on the right that governs, that is, in

some way or another, committed to the system itself.

I think this is how political systems work, and they don't work well if the right-wing party goes off the rails. So I think you have views about where the Republican Party should go. It would be, ideologically, not the right party for me, but I think I'd probably be happier if you were in charge over there.

So how does the Republican Party change? When you think about what's going to happen to it, as an institution, what are the levers? What are the pathways? Who are the leaders? When you think about a good future for the Republican Party, one that moves in a direction you'll be happier with, what are the points of pressure and power that can be leveraged there?

YUVAL LEVIN: Yeah. I think it's an enormously important question, obviously, a very challenging one. But I think that when you think about it in those terms, there is a terribly important role for elected leaders in the party who need to see themselves in more active terms and less passive terms, as people with something to say about where the party goes and not just as conduits for public sentiment. Obviously, that's part of what our elected officials need to do. But people who make politics their profession, their life have a particular role in shaping the direction of our political institutions.

Part of what we've seen in the Trump era, as opposed to, say, the Reagan era, is that a leader who wants to take the energy of the party and turn it in a destructive direction can do that all too easily. I think you can also see, if you look at the Reagan era, if you look at others, that a leader that wants to take some of those same energies and turn them in more practical, constructive directions can achieve that, too.

And that means that Republican leaders have to think about, what of the things they're hearing from voters do they take to be constructive and productive and they want to make something of? And focus on those. A party has to be united by what it's for together and not just by who it's against together. And the Republican Party has come to be defined far too much by its opposition to the left or to some idea of the left. And so I think Republican politicians have not had to think about what they're for and what they want to offer their voters enough.

And the doing that would not only

allow them to approach the public in a much more constructive way, it would also allow them to broaden their coalition beyond getting out every last base voter and by appealing to voters who are winnable, who might be persuadable in other ways. There's nothing insightful about this. I mean, that's just an obvious description of what a politician in a democracy ought to be doing. But I think the party needs to hear that and think about it.

And in these years, when it is mostly out of power at the national level, needs to be thinking about the agenda that it needs to put before the public going forward, a future-oriented agenda that is not about who won or lost the fights that are the sources of the grudges we've had for decades, that are not about finishing to-do list of the early 1980s, but that are about what 21st century America needs.

And I think there are some people in the party who see that and who are inclined in that direction, but there are a lot of people in the party who don't. And there needs to be a set of internal arguments and fights and struggles for the character of the party. And my hope is that the side that thinks about how to use politics to advance good ideas and use government to help people live better lives is the side that wins.

EZRA KLEIN: I would say that, in 2016, Donald Trump managed to stomp a lot of Republican politicians in that primary, who, even if they're a little bit more stuck in an older version of Republican Party orthodoxy, did approach politics more in that way. They did have policy ideas. They wanted to be constructive. Marco Rubio, even then, was trying to begin breaking with some parts of Republican Party orthodoxy or conservative orthodoxy to try to come up with a slightly more working-class agenda.

And Trump just won. And there were a lot of tributaries to that victory, and some of them were the media coverage he's able to command and so on. But he was also right that much of the Republican base wanted to have this fight over who rules and wanted to have more of a fight over what kind of country America is.

So when I look now at the Republican Party in Congress, I see a lot more learning of that lesson than I do of any policy lesson. I was very, very disturbed that such a large majority of the House Republican conference voted against certifying the electoral college

results, even after all that happened on that day. You had these stories of Republicans down there in the safe space not putting on masks. There is a real re-centering of this politics of pure fight than you had before.

So I want to push on this just a little bit, which is what would make it go differently next time? What lessons need to be learned by the kinds of politicians you would like to see triumph from their more recent losses?

YUVAL LEVIN: Yeah, look, that's right. Now, Trump won with more difficulty than we now tend to remember. In 2016, there were 17 candidates, and he won a plurality. And he won by first appearing to be the candidate of the moderate lane of the party and then becoming also the voice of a kind of angry populism in the party. But he did win the nomination and then narrowly, the election.

What happened in 2020 was different. I think the party lost an election that it could have won because it went the way of Donald Trump, and then it lost two more in Georgia that it could have won because it followed in the path of Donald Trump. And ultimately, the experience of electoral wins and losses is the way that politicians learn lessons. There's no way around that.

And for the kind of agenda that I'm describing, that's both good and bad because there is a lot to be gained by taking the path of a kind of angry populism that is largely empty of policy direction and that is hostile to the institutions. Republicans, in recent years, have done reasonably well doing that. And my argument for why they shouldn't do that is that it's wrong and that it's bad for the country. But I don't have to win elections, and so it's easy for me to say.

I do think, though, that ultimately, they won't win elections in this way, that the combination of a kind of bizarre personal charisma with a way of harnessing the anger of some of the base with a sort of grasp on how to get the kind of attention that puts you at the center of every conversation helped Trump to do this very narrowly. I don't think there are other politicians right now in the Republican Party who could pull that off.

And so at the very least, if they ask themselves, how do we get anywhere? They should consider that getting somewhere might mean offering voters something they want. And I do think there are politicians in the party who do see that

and who want to get to that place. You mentioned Marco Rubio. And there are others who have been more hostile to Trump who, I think, can see their way to that, too. There are others in the middle on the Trump question, people like Ben Sasse or Mike Lee or Ted Cruz, who represent very different views of Donald Trump, but who, in different ways, try to be attuned to what voters want.

And I think, ultimately, the model of Trumpism is not a durable model for how the party can function. But that's as much a hope as it is a fact. And so I hope it's true.

EZRA KLEIN: What does it mean for the Republican Party and for Republican Party politicians that in the most recent Pew poll I saw, 64 percent of Republicans think Donald Trump actually won the election, that in a fair vote count, he won? Almost two-thirds of Republicans believe that.

YUVAL LEVIN: It's very hard, in part, to know what to do with these kinds of polls, where a lot of people take the question to be, are you a Republican or a Democrat, and whatever the specific question is, they answer it that way. But it also points to a real rot in the culture of the Republican Party. And I think we've seen, in the wake of the election, although it was evident before, of course, a kind of turn to the fantasy and escapism and conspiracism that is extremely dangerous for the country. And when a party veers in these directions, it finds itself in tremendous trouble.

So the lessons are red flags. They're blaring warnings. And I think it is absolutely incumbent upon leaders of the Republican Party to help their voters separate fact from fiction and reality from fantasy and conspiracy. That's always necessary in a populist era. It's always necessary on the left and the right in populist times. And there have been times when the left has fallen into conspiracy in similar ways. But I think, at this point, the challenge on this front is for the right, and it is absolutely necessary for elected officials on the right to avoid pretending that false things are true.

That's what happened with Hawley and Cruz and others in the wake of the election. And they tried to do it as carefully as they could and in ways that let them say, well, we're just asking questions. But what they were doing was affirming fantasies and conspiracies that are dangerous to the American civic order and deadly and destructive to a function-

nal politics.

We saw that result in a mob attacking the Capitol. I think even if that had not happened, it would have been absolutely inexcusable. And it's necessary for Republican leaders to take a different path on that front.

EZRA KLEIN: One thing I am struck by over the past however many days it's been, the banning of Trump from Twitter and Facebook really silenced him. There are other ways he could have gotten more attention. He could be calling into more shows. He could have, when he was still president, walked out in the briefing room. So there may be a part of him that is licking wounds, too. But he is quiet in a way that I think if he were still particularly on Twitter, he would not be. And so that worked.

And at the same time, in part because it worked, you have to be a little unnerved by it. You have to be a little unnerved at that power being held by Jack Dorsey and Mark Zuckerberg. There's certainly a lot of fury on the right about that, certainly a lot of fury on the right about Parler and the way that was taken out of a lot of different kinds of web providers, from app stores to cloud hosting, given their moderation structure, because these places did not want to provide infrastructure for another insurrection to be planned.

How do you think about that power of tech, on the one hand, to regulate access to what I think is best understood not as free speech, but a public square? And on the other hand, it has responsibilities as a company. It wants to keep people. It wants to keep staff. It doesn't want to be a place where violent insurrections are planned. Where do you come down on that?

YUVAL LEVIN: Yeah, I think it's an enormously complicated question, and I worry about it a lot. I would say, it is amazing how being off Twitter has meant that Trump has just said nothing, not only since the inauguration of Joe Biden, but in some ways, before that, too, when he lived in the White House, there's a room in that house where you can get the press together and be heard everywhere. He didn't do that. And it's not hard to understand why Twitter did what it did in the wake of January 6. But I think that the power that that proved they had is a power that we should be very, very worried about.

I actually think the bigger problem is not so much the platforms, which at least have a greater claim to say, what

we're doing is providing you with this platform, with this access to the public and we're going to withdraw it if you abuse it, but the companies that really provide access to the internet itself, what Amazon did, what, in some ways, Apple did, and this kind of taking of Parler off of its platforms. Whatever you think of Parler, and I don't have a high opinion of it, it seems to me that having that kind of power in the hands of corporations is very, very troubling.

I think we are only beginning to come to terms with how to think about the nature of that power. What is that power? Is it economic power? Is it cultural power? Is it political information power? What does that really mean? Something like the process by which American politics came to get its arms around an industrializing economy at the end of the 19th century is going to be necessary for us to get our arms around the digital economy and the tech giants, and I think we're only at the very beginning of that process.

It's reasonably clear that there's going to be interest in doing some of that on both the left and the right in different ways for different reasons, and I think that's good. It's necessary. It doesn't seem to me that a pure laissez-faire approach to this is going to work because the power involved is enormous power over, as you say, the public square. And there's no solution that I've seen that strikes me as a comfortable path forward, so far.

EZRA KLEIN: There really, I think, is also just a language problem here, something I've been reflecting on in this debate, because I'm uncomfortable with it. On the one hand, I support a lot of the decisions that were made. And I wrote a Twitter thread about this because everything is recursively eating its own tail in this conversation.

Trump left people with no good choices. Hard cases make bad law, and Trump was a very, very hard case, as was Parler, by the way, in the way it was positioning itself in that aftermath moment. And for societies and systems to work well, you need people to abide by certain norms and disciplines and restraints, and they didn't. And so everybody was put in a position where there were no good options.

But one thing I kept seeing in this is how much I think the free speech language ends up confusing both sides. So you'll see people on the right say, they're stifling free speech. And then somebody on left will say, this is not a First

Amendment issue. It's not free speech. The First Amendment does not give you access to algorithmic lift on Facebook, and then kind of think they've rebutted the argument.

But it was never a free speech issue, but it is an issue. It's a corporate power issue. To some degree, it got turned into a corporate social responsibility issue and an employee retention issue inside the companies themselves, if you look at their decision-making process.

But we need, it seems to me, better language for what we're dealing with here because I think we keep having and then rebutting arguments that don't actually get at what is worth being concerned about, which is simply that these groups have too much power. At the same time, I'll often hear on the left, well, just break them up. But if you actually look at the ways people would do that, if you split up Amazon Web Services from Amazon and you split Instagram off of Facebook, I don't think the situation would actually change in any significant way or people would be any less concerned about it. So I think there's some conversation that needs to be had, but I'm actually struck by how insufficient our current vocabulary is at least in politics. I'm sure there are people in academia and elsewhere debating this at a much higher level of sophistication.

YUVAL LEVIN: In some ways, the development of the right vocabulary for this is the first challenge, and it is the kind of work that some people like us might do. And we, at AEI, have been trying to do this for a while. People can find on the AEI website a project over the past year that has tried to define the nature of the power being exercised. And it is extremely difficult to do. I think that it challenges us to think about the nature of the public square, to think about the nature of access to information. But we're going to have to find that vocabulary in a way that rings plausible to a majority of the American public, and we're pretty far away from that.

It is certainly true that bad cases make bad law in this situation. Those bad cases often involve failures of restraint and self-control, which in some ways, these platforms invite, but which, nonetheless, they're not exactly responsible for. I think it is imperative for people who exercise power or who want to be taken seriously to be off these platforms, to not be on Twitter. I don't think journalists should be on Twitter. I don't think Joe Biden should be on Twitter.

He should discourage any politician from being on Twitter.

You lose something by that. You could lose a lot by that in the media. But a platform that simply encourages the worst possible behavior from someone in your position is the platform that you should just not have anything to do with, and that has to be part of our response to this by helping us avoid those bad cases that make bad law.

But we're also going to need to think about what good law looks like in this situation. The internet's not going away, and that's a good thing. Social media is not going away, and that's a good thing. We have to learn how to live with it more constructively, and we're at the very beginning, I think, of a long process toward doing that.

EZRA KLEIN: You should send me the link to that AEI project, and I'll put it in the show notes here. But now that I've got you recommending AEI projects, I think it's a good time to move to the final section here, Recommendation Engine. So I'm going to throw a couple recommendation questions at you. You can always skip, but I'm interested to hear what you come up with. So I'll start with this. What is your favorite conservative movie?

YUVAL LEVIN: Well, that's a hard question. I'm inclined, at first, to riff a little bit on "The Lord of the Rings," but that's better as a book, really, than a movie. I think my answer, oddly enough, would be "Groundhog Day." "Groundhog Day" is an incredibly rich movie. It's not just a conservative movie.

But it makes an argument that, ultimately, we find our fulfillment not by expressing ourselves and drawing our true meaning out of our own will, but by meeting higher external standards of virtue. And I think that's a profound case for what conservatism stands for, from my point of view. It's a beautiful way to make that argument without being off-putting. It's a wonderful movie.

EZRA KLEIN: What institution in America still does the best job molding character?

YUVAL LEVIN: I would have to say the answer to that is probably the military, and it's not a coincidence that the military is also the one national institution that Americans say they trust in large numbers. I don't think that's just because the military is good at what it does, but because it takes men and women and turns them into soldiers and

Marines and airmen and so forth. And we have a sense that they come out better than they came in.

When somebody tells you that they went to Harvard, you might think, well, that's a smart person. She got into Harvard. When somebody tells you they went to the Naval Academy, you think, that's a serious person. And it's not because they got in but because the Navy somehow made them that way. I think we have a very strong sense that the military is in the business of forming people. And if more institutions thought about how they look in this respect - are we approaching the country in a way that says, we take people and make them better or our people or people you can trust - I think we'd be in better shape.

EZRA KLEIN: You wrote a book arguing that the left-right divide is all there, or at least a version of it is all there, in the debates between Edmund Burke and Thomas Paine. So if someone has never read any primary sources from either person, where should they start?

YUVAL LEVIN: I think if you're trying to understand those roots of the left and right and if you're trying to understand Burke and Paine that way, there are some great collections of the two of them. The challenge with Edmund Burke, who I think is just really essential to read for understanding modern conservatism in the West, is that he was a politician. He ran for office every two or three years, the entire time that he was writing everything that he wrote, so everything he wrote is directed to some dispute of the moment and requires a lot of context.

But I think the collections of Burke's writings, put together, for example, by The Liberty Fund or put together in various readers - Yale Press has a great one - really do give you a sense of the nature of the arguments that he made. You should start by reading some of his speeches about America, which are really exceptionally interesting and profound and still tell us something about ourselves. And you should end up reading the "Reflections on the Revolution in France," which was his deepest and fullest expression of his political views

and is an extraordinarily powerful piece of writing.

EZRA KLEIN: And how about Paine?

YUVAL LEVIN: Paine was easier, in a sense, because he always wrote for a popular audience. And there are two phases to Paine. There's the American Paine, where you could read "Common Sense." I'd say start from "The American Crisis," which is much more of a general reader, popular piece, series of essays written, really, as pep talks to soldiers, more or less, in the course of the Revolutionary War. But there's a lot of political philosophy in them and a very profound case for human liberty.

And then there's Paine of the French Revolutionary period, where the thing to read is really "The Rights of Man," which is a two-volume book that Paine wrote. You should read The Rights of Man after you read Burke's reflections on the revolution in France because "The Rights of Man" is actually a direct response to Burke, answers him in some wonderfully interesting ways, and engages, really, with some of the deepest questions of our political tradition.

EZRA KLEIN: What book would you give a democratic socialist to read about conservatism?

YUVAL LEVIN: There are a couple of places to start, but I think that a nice place to go first is one of Roger Scruton's books about conservatism. He wrote a couple of books, all of which are basically called conservatism, more or less. They're short. They're accessible.

And Scruton, because he, himself, had traveled from the left to the right, really had a sense that the concerns that people on the left have about the right are serious concerns and needed to be spoken to in a serious way. And I think he does it wonderfully. He's a wonderful writer.

Scruton is probably underappreciated in America. He's an English conservative. He just died last year. And there's a lot of work of his it's worth reading, but I think his several short books about conservatism are a great place to begin.

EZRA KLEIN: What book would you give a conservative to read about democratic socialism?

YUVAL LEVIN: Well, that's a hard question. I don't know the answer to that. I'm sure there's a range. I've been reading Mike Konczal's "Freedom from the Market," which I'm finding very interesting. I disagree with it, but it's learned and thoughtful and smart. But I bet you could recommend some books to me that I wouldn't think of.

EZRA KLEIN: Well, I thought you were going to recommend Lane Kenworthy's book, actually.

YUVAL LEVIN: Is that a book about socialism? I don't know if it is.

EZRA KLEIN: Democratic socialism.

YUVAL LEVIN: Yeah, democratic socialism. It's a case for a certain kind of welfare state. And it's a very smart book and one that every conservative should contend with and should think through.

EZRA KLEIN: And then finally, what's the last book you read that actually changed your mind about anything?

YUVAL LEVIN: I'm not sure what I'd say. I think, in some ways, Bob Putnam's book "The Upswing," which was just published last year, offers a picture of early progressivism that was eye-opening, in some respects that was a little fuller than what I had focused on before, and that I think is worth reading for anybody on the right or the left. I think that's probably the latest book I've read that's really changed my mind about something. It changed my mind about the nature of the case that the early progressives were making and changed for the better, in some ways.

EZRA KLEIN: Yuval Levin, thank you very much.

YUVAL LEVIN: Thank you.

[MUSIC PLAYING]

EZRA KLEIN: If you're enjoying the show, please leave us a review in whatever podcast app you're using. It really helps us as we're building this new product here. And as always, thank you for being here and giving us your time. "The Ezra Klein Show" is a production of New York Times Opinion. It is produced by Roge Karma and Jeff Geld, fact-checked by Michelle Harris, original music by Isaac Jones and mixing by Jeff Geld.

Wörter: 15985

Urheberinformation: © The New York Times Company